

Wetzlarer Nachrichten

Zeitung der **SPD** Wetzlar

Jahrgang 10 | Ausgabe 2 | Juni 2018

TSG: Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Die SPD-Fraktion im hessischen Landtag hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Abschaffung dieser Bürgerbeiträge zum Ziel hat. **Seite 4**



Cirsten Kunz: „Zukunft jetzt machen!“

Cirsten Kunz aus Aßlar, SPD-Direktkandidatin des Lahn-Dill-Südkreises für die Landtagswahl im Herbst, über das Wahlprogramm der SPD. **Seite 11**



„Wetzlar ist super!“

Jannik Kohlbacher, Handball-Nationalspieler der HSG Wetzlar, spielt zukünftig bei den Rhein-Neckar-Löwen. Über seine erfolgreiche Zeit in Wetzlar spricht er im Interview. **Seite 16**



Wolfgang Schuster bleibt unser Landrat

Wolfgang Schuster: „Ich bin dankbar überrascht. Aber die niedrige Wahlbeteiligung ist kein Ruhmesblatt für die Demokratie.“

Wolfgang Schuster wurde nach 2006 und 2012 am 27. Mai zum dritten Mal als Landrat gewählt. Mit einem beachtlichen Ergebnis von 79,2% startet der Sozialdemokrat in eine weitere Amtszeit, in der er noch viel vor hat. Betrübtlich ist alleine die Wahlbeteiligung.

Wolfgang Schuster zeigte sich angesichts des deutlichen Ergebnisses „dankbar überrascht“, wie er der hessenschau in einem Interview sagte. Er nehme das Ergebnis gerne an und es sei eine gute Grundlage, um in den kommenden Jahren die wichtigen Themen Bildung, Digitalisierung, Gesundheit und Mobilität anzugehen.

Die niedrige Wahlbeteiligung von 23,9% sei allerdings kein Ruhmesblatt für die Demokratie. Er regte an, die Direktwahlen künftig zu bündeln und an einem Tag durchzuführen.

Zu den ersten Gratulanten im Kreishaus zählten die Bundestagsabgeordnete Dagmar Schmidt, der Landtagsabgeordnete Stephan Grüger, Oberbürgermeister Manfred Wagner und

die Landtagskandidatin Cirsten Kunz. Viele weitere Gratulanten schlossen sich den Glückwünschen an. „Wolfgang Schuster hat unseren Landkreis nach vorn gebracht. Er hat in die Sanierung unserer Schulen investiert, den Breitbandausbau vorangetrieben und sein klares Bekenntnis für die Lahn-Dill-Kliniken als Krankenhaus in kommunaler Trägerschaft zielgerichtet umgesetzt. Es ist sehr gut, dass er seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen kann“, sagte der Wetzlarer Oberbürgermeister Manfred Wagner.

„Wolfgang Schuster ist einer der besten Problemlöser im Land. Er packt an und hat eine klare Haltung. Das alte Bergmannsmotto ‚Im Stollen ist es zu eng für Ellenbogen‘ passt zu Wenigen so gut wie zu ihm. Er steht für Zusammenhalt und Solidarität. Er hat es verdient wiedergewählt zu werden, um beispielsweise die Schulen im Lahn-Dill-Kreis weiter gut zu entwickeln“, hatte Thorsten Schäfer-Gümbel bereits bei der Wahlkampfabschlussveranstaltung in der Glück-Auf-Halle in Dill-



Freuen sich mit Wolfgang Schuster (2. von links) im Kreishaus. Von links: der Landtagsabgeordnete Stephan Grüger, die Bundestagsabgeordnete Dagmar Schmidt, Oberbürgermeister Manfred Wagner und die Landtagskandidatin Cirsten Kunz (alle SPD).

lenburg-Oberscheld gesagt. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der hessischen SPD ging bei der Veranstaltung auch auf das Thema Straßenausbaubeiträge ein. „Wir haben einen eigenen Gesetzentwurf im Landtag eingebracht, der die Bürgerinnen und Bürger entlastet und den Kommunen echte Wahlfreiheit bei der Erhebung lässt. CDU, Grüne und FDP haben unseren Antrag aber ohne weitere Diskussion abgelehnt.“ Wolfgang Schuster ergänzte, dass aktuell hessenweit jährlich rund 40 Millionen Euro für Straßenausbaubeiträge erhoben werden, die SPD will den Kommunen künftig jährlich 60 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Damit sei Konnexität gegeben, die Bürgerinnen und Bürger

könnten entlastet und die Kommunen müssten nicht weiter belastet werden.

„Junge Familien und Firmen sollen im Lahn-Dill-Kreis bleiben. Dafür lohnt es sich, hart zu arbeiten“, sagte Wolfgang Schuster mit Blick auf seine dritte Amtszeit. Nach dem flächendeckenden Breitbandausbau in allen Kommunen sollen in den nächsten Jahren alle Schulen und Krankenhäuser direkt an das Glasfasernetz angeschlossen werden.

Gerade in Breitband und vor allem in Schulen wird es in den kommenden Jahren erneut erhebliche öffentliche Investitionen geben. Ein weiteres wichtiges Thema ist das Arbeitsentgelt von Frauen. Kürzlich hat der Lahn-Dill-Kreis dazu gemein-

sam mit VdK und Landfrauen einen Pakt gegen geringe Vergütung von Arbeitnehmerinnen geschlossen. Wenn Frauen anständig bezahlt werden, gebe es im Kreis auch ein höheres Familieneinkommen.

Außerdem werde das Thema Gesundheit immer wichtiger. Eine stärkere Verzahnung von stationärer und ambulanter Versorgung werde in den kommenden Jahren vorangetrieben. Dies sei auch deswegen möglich, da die Lahn-Dill-Kliniken weiterhin im kommunalen Besitz bleiben.

Diese und viele weitere Themen wird Wolfgang Schuster gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen von SPD, FWG, B90/Die Grünen und FDP in den nächsten Jahren anpacken.



Ein sichtlich entspannter alter und neuer Landrat Wolfgang Schuster (SPD) beim Interview mit dem hessischen Rundfunk

Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit

Kundgebung zum Tag der Arbeit in Wetzlar auf dem Eisenmarkt

Seite 3





Beim Eberacker 5
35633 Lahnau-Dorlar
Telefon: 0 64 41/94 33-0
www.sauter-mkb.de



Fenster · Türen · Vordächer · Wintergärten · Markisen · Rollläden · Rolltore
Rollgitter · Jalousien · Klappläden · Tore & Zäune · Insektenschutz

Aus dem Inhalt

POLITIK

Dagmar Schmidt:
Brückenteilzeit

4



AUS DER STADT

Ernst-Leitz-Hotel eröffnet

5



AUS DER STADT

Dr. Ingrid Knell ist Lina Muders
Preisträgerin 2018

6



AUS DER STADT

SPD Stadtverordnetenfraktion
besucht die GWAB

8



SPORTSTADT WETZLAR

ID-Fußballer des RSV holen
Bronze beim Hessenpokal

9



UDO BULLMANN

Datenschutz ist Schutz der
Demokratie

13



JUSOS

Julian Stroh neuer
JUSO-Vorsitzender

14



AUS DER STADT

Brandbrief an die
Landesregierung

15



Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit

Kundgebung zum Tag der Arbeit in Wetzlar auf dem Eisenmarkt

Es ist schön, dass der Tag der Arbeit seit Jahren wieder in Wetzlar begangen wird. Mit diesen Worten stimmte Wetzlars Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD) die Kundgebungsteilnehmer ein.

Schließlich sei Wetzlar nicht nur Dom-, Goethe- und Optikstadt, sondern auch die Stadt der abhängig beschäftigten Menschen. Über 30.000 Menschen stünden in Wetzlar in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen; die Zahl der Einpendler übersteige deutlich die Zahl der Auspendler.

Es gehöre daher mehr als zum guten Ton, am Maifeiertag auch die Belange der arbeitenden Menschen in den Mittelpunkt zu rücken. Und so gelte dafür zu sorgen, dass die Menschen in unserem reichen Land von ihrer eigenen Hände Arbeit ein auskömmliches und selbstbestimmtes Leben führen und eine Familie gründen könnten, ohne permanent in Sorge um die berufliche Existenz sein zu müssen. Schließlich werde auch im Arbeitsleben der Grundstock für die Sicherung des Lebens im Alter gelegt.

„Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass immer mehr Menschen nach ihrem Berufsleben auf die aus öffentlichen Mitteln finanzierte Grundsicherung angewiesen sind“, forderte der Oberbürgermeister. Insofern sei der in Deutschland gegen viele Widerstände eingeführte Mindestlohn ein richtiger und wichtiger Einstieg, den es weiter zu entwickeln gelte. Und im Übrigen müsse nach Ansicht des Wetzlarer Stadtoberhauptes darauf geachtet werden, dass die Instrumente zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes nicht inflationär eingesetzt werden und in den Wettbewerb zu dauerhaft anzulegenden Beschäftigungsverhältnissen gestellt werden können.

Denn am Ende werde über die Frage der Gerechtigkeit in der Arbeitswelt auch die Frage des ge-



Arne Beppler, OB Manfred Wagner und Ernst Schwarz

sellschaftlichen Zusammenhaltes entschieden.

Gemeinsam mit der Hauptrednerin, der ehemaligen DGB-Landesvorsitzenden Gabriele Krailing, ging der OB in seiner Ansprache auch auf die Gleichheit der Geschlechter in der Arbeitswelt ein. „Wenn heute Frauen im Schnitt immer noch 21 Prozent weniger verdienen als ihre in vergleichbaren Positionen tätigen männlichen Kollegen, dann müssen wir auf diese Gerechtigkeitslücke hinweisen, gerade am 1. Mai und gerade in Wetzlar, der Stadt August Bebel“. Bebel hatte bereits in seiner 1879 erschienenen Schrift „Die Frau im Sozialismus“ auf diese und andere Benachteiligungen der Frauen hingewiesen.

In der vom heimischen DGB um Arne Beppler organisierten und einmal mehr von Ernst Schwarz musikalisch umrahmten Kundgebung wies Manfred Wagner auf die Tradition der Stadt als Stahlstandort und als Zentrum der optischen Industrie hin. Mit Blick auf die Auseinandersetzung um die Nutzung der Stadthalle durch die NPD attestierte er seiner widerständigen Stadt „ein Herz aus Stahl“ und einen „Blick durch klare Linsen – ohne braune Eintrübungen“.



DGB Landesvorsitzende Gabriele Krailing



Stephen Maier, IG Metall



Gute Nachrichten: Wetzlar senkt zum 1. Januar 2019 die Abfallgebühren

Eigenbetrieb „Stadtreinigung Wetzlar“ arbeitet nachhaltig wirtschaftlich

Wenn das keine gute Nachricht für die Wetzlarerinnen und Wetzlarer ist. Ab 2019 werden die Wetzlarerinnen und Wetzlarer spürbar weniger für die Müllabfuhr zahlen.

Vorbereitet vom Umweltdezernenten der Stadt Wetzlar, Stadtrat Norbert Kortlüke (Bündnis 90/Die Grünen), hat der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung eine Satzungsänderung vorgeschlagen.

Danach reduzieren sich je nach Haushalts- beziehungsweise Gefäßgröße die künftigen Gebühren für die jetzt kalkulierte Dauer vom 1. Januar 2019 bis zum Jahresende 2021 zwischen 14 und nahezu 25 Prozent gegenüber der derzeit geltenden Regelung. So spart zum Beispiel ein Ein- bis Vier-Personen Haushalt mit einer 120-Liter-Tonne 50 Euro im Jahr.

Wie Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD) betonte, sei diese Entlastung möglich, weil der Eigenbetrieb „Stadtreinigung Wetzlar“ permanent an der Optimierung seiner Prozesse arbeite und sie nachhaltig wirtschaftlich gestalte. Jahresabschlüsse mit entsprechenden Überschüssen brächten dies eindrucksvoll zum Ausdruck.

Zum anderen habe die Stadt die ihr durch den Lahn-Dill-Kreis zugeordneten Kostenblöcke intensiv geprüft und geltend gemacht, dass der Kreis ihr für die Anlieferung

im Entsorgungszentrum in Aßlar Personal- und Sachkosten zuordnet. Nicht zuletzt auf der Grundlage eines zwischen beiden Gebietskörperschaften geschlossenen Vergleiches konnte die Stadt Wetzlar die an den Landkreis zu zahlende Grundgebühr ab dem Jahr 2016 nachhaltig senken.

Zukünftig spart zum Beispiel ein Ein- bis Vier-Personen Haushalt mit einer 120-Liter-Tonne 50 Euro im Jahr.



Stabgitterzäune
preiswert
sicher
dauerhaft



Wetzlar-Steindorf
In der Murch 16 – 18
Telefon (0 64 41) 92 48 60
www.krauter-schmiedeeisen.de
Schutz vor Einbruch

Überdachungen, Schlosser- & Stahlbauarbeiten, Edelstahlverarbeitung, Torantriebe, Treppen, Tore, Fenster- & Türgitter, Balkongeländer, Treppengeländer, Einzäunungen

Soziale Stadt Dalheim

Das BIWAQ-Projekt „Perspektive Leben und Arbeit in Wetzlar“ spricht vor allem alleinerziehende Frauen an



„Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ ist ein Begleitprogramm zum Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, das in dem Quartier „Dalheim/Altenberger Straße“ durchgeführt wird.

Das BIWAQ-Projekt „Perspektive Leben und Arbeit in Wetzlar“ – PERLA in Dalheim-Altenberger Straße spricht vor allem alleinerziehende Frauen an, die eine Perspektive und Unterstützung auf dem Arbeitsmarkt suchen. „Jetzt konnte ich eine Gruppe von „BIWAQ-Frau-

en“ im Rathaus begrüßen, sie über die Arbeit des Rathauses und des Oberbürgermeisters informieren und für Fragen zur Verfügung stehen. Es war eine schöne, für alle Beteiligten Gewinn bringende Begegnung“, stellte Oberbürgermeister Manfred Wagner fest.

Tastmodell für Blinde übergeben

Das Modell ist ein Baustein zur Teilhabe für Blinde und Sehbehinderte

Am Wetzlarer Bahnhof hat Oberbürgermeister Manfred Wagner gemeinsam mit der Vorsitzenden des Behindertenbeirates, Stadträtin Bärbel Keiner und der Behindertenbeauftragten der Stadt, Ulrike Agel ein Tastmodell für Blinde und Sehbehinderte eingeweiht.



Ulrike Agel, Bärbel Keiner, OB Manfred Wagner, Dr. Mustapha Ouertani

Das 1,20 mal 0,65 Meter große Modell ermöglicht es Blinden, sich am Wetzlarer Busbahnhof zu orientieren. Das Modell wurde von der Deutschen Blindenstudienanstalt (Blista) in Marburg hergestellt und arbeitet einen Lageplan so um, dass die Finger einzelne Details ertasten können. Entsprechend der gültigen Normen werden Ziffern und Texte in Punktschrift ausgeführt. Für Sehbehinderte ist das Modell kontrastreich koloriert und mit Schwarzschrift in Profilschrift versehen.

Ursprünglich gab es Überlegungen, am Bahnhof einen „Stadtplan für Blinde“ als Tastmodell aufzustellen. Dies war jedoch aus Kos-

tengründen nicht realisierbar, so dass sich die Tafel auf den Bereich des Busbahnhofs beschränkt. Für diese Variante, die 13.290 Euro kostet, hatte sich der Behindertenbeirat der Stadt Wetzlar entschieden. Der Vertreter des Blindenbundes Lahn-Dill, Dr. Mustapha Ouertani, bezeichnete das Tastmodell als eine „wunderbare Hilfe“ für Blin-

de und einen Beitrag zur Inklusion. Oberbürgermeister Wagner nannte das Modell einen Baustein zur Teilhabe für Blinde und Sehbehinderte, der aus städtischen Mitteln und Dank eines Zuschusses der „Modellregion Inklusion“ des Lahn-Dill-Kreises in Höhe von 3.500 Euro verwirklicht werden konnte.

Schwarz-grüne Werbung auf Kosten der Steuerzahler

Landeshaushalt muss erhalten, den schwarzgrünen Wahlkampf zu finanzieren

In letzter Zeit häufen sich die PR-Kampagnen der schwarz-grünen Landesregierung. Naht doch die Landtagswahl im Oktober und da gilt es sich in Szene zu setzen.

Den Vogel schoss dabei das hessische Sozialministerium ab. In Zeitungen im Land wurde eine viertelseitige Werbeanzeige geschaltet, in der sich die Landesregierung für die angebliche Abschaffung der Kindergartengebühren selbst lobt.

Die hessische SPD kritisierte die Anzeige als „Wahlkampf auf Kosten

der Steuerzahler“. Der parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph (SPD): „Dass diese Landesregierung keine Skrupel kennt, wenn es darum geht, Steuergeld für schwarzgrünes Eigenlob auszugeben, ist hinlänglich bekannt. Mit der Werbekampagne des Sozialministeriums aber ist für uns eine rote Linie überschritten. Der Landeshaushalt muss nun erhalten, um den schwarzgrünen Wahlkampf zu finanzieren. Allein der Abdruck der Werbung in der Frankfurter Rundschau hat laut

Preisliste 20.000 Euro gekostet. Das ist eine Unverschämtheit gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern in Hessen.“

Die Kita-Anzeige sei in Form und Inhalt eine reine PR-Aktion mit parteipolitischer Schlagseite zugunsten der regierenden CDU, während sie als seriöse Information für die Eltern in Hessen untauglich sei, so Rudolph.

„Seit die CDU das Land regiert, haben sich die Werbeetats der Ministerien und der Staatskanzlei vervielfacht.“

STANDPUNKT



Sandra Ihne-Köneke

In der letzten Ausgabe haben wir noch geschrieben, dass die Stadt der NPD die Stadthalle überlassen muss. Aber dann kam alles ganz anders und die Diskussionen reißen nicht ab. Was war passiert?

Einen Tag vor der Veranstaltung waren die Auflagen für den Mietvertrag der Stadthalle immer noch nicht erfüllt. Die NPD unter diesen Bedingungen in die Stadthalle zu lassen, wäre eine Bevorzugung gegenüber allen Vereinen, Verbänden, Kulturschaffenden und anderen Gruppierungen gewesen. Darüber hinaus wäre bei entstandenen Sach- und Personenschäden im Zweifel der Magistrat zur Verantwortung gezogen worden.

Aus meiner Sicht war die Entscheidung des Magistrats, die Veranstaltung am 23.03.2018 abzusagen, eine gute und richtige für alle Bürger und Bürgerinnen in Wetzlar. Es war keine Missachtung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, sondern es war eine Entscheidung für alle aufrechten, ehrlichen und demokratieliebenden Menschen. Davon waren 2.500 bei der Gegendemonstration und haben ihre Abneigung gegen Intoleranz, Gewalt (auch in Lied und Textform), Populismus, Rassismus, Homophobie und Faschismus zum Ausdruck gebracht. Jeder hat mit seiner Anwesenheit Haltung gezeigt für Menschlichkeit, Solidarität, Freiheit, Verantwortung und Vielfalt. Im Namen aller SPD Stadtverordneten bedanke ich mich bei allen, die zu dieser gelungenen Veranstaltung beigetragen haben. Danke auch an alle, die ihre Sympathiebekundungen für die Entscheidung des Magistrats zum Ausdruck gebracht haben.

Es ist ein Armutszeugnis, wie die Opposition im Stadtparlament versucht, aus dem beschriebenen Sachverhalt politisch Kapital zu schlagen. Indem sie versucht, dem Magistrat, insbesondere dem Oberbürgermeister, Fehler, Versagen und Schlimmeres vorzuwerfen.

Ablenken, Ignorieren von Tatsachen, Wegsehen, Ängste schüren und ausnutzen ist eine armselige Masche und verdeckt die eigene Ideenlosigkeit. Verantwortungsvolles Handeln für eine friedliche Stadtgesellschaft sieht anders aus.

Bemerkenswert ist auch, dass 15 CDU Stadtverordnete den NPD Antrag, ein Disziplinarverfahren gegen den Oberbürgermeister einzuleiten, in der letzten Stadtverordnetenversammlung am 03.05.2018 nicht abgelehnt haben.

Genauso läuft es auch bei den „Einmaligen Straßenausbaubeiträgen“. Es muss ein solidarisches Beitragsmodell gefunden werden, um den Einzelnen vor den gravierenden Einmalzahlungen zu bewahren. Ein entsprechender SPD Landesgesetzentwurf liegt vor. Eine Grundsteuer C, wie sie von der CDU im Stadtparlament ins Spiel gebracht worden ist, öffnet noch höheren Mieten Tür und Tor. Vernünftige Lösungen sehen anders aus. Es ist gut, dass es immer mehr Menschen gibt, die sich in Bürgerinitiativen gegen Straßenausbaubeiträge engagieren und ebenso wie die SPD um eine Lösung auf Landes- und Bundesebene ringen.

Ich wünsche allen eine schöne Sommerzeit.

Ihre Sandra Ihne-Köneke

Impressum

Herausgeber: SPD Stadtverband Wetzlar
Bergstraße 60, 35578 Wetzlar
Telefon (06441) 2 09 25 20
www.spd-wetzlar.de

V.i.S.d.P.: SPD Stadtverband Wetzlar
Verantwortlicher Redakteur:
Sandra Ihne-Köneke

Redaktion:
Manfred Wagner, Bärbel Keiner,
Christopher Bursukis, Heiner Jung
Julian Stroh, Jörg Kratkey,
Peter Helmut Weber, Sabrina Zeaiter
Anzeigen: Heiner Jung

Gestaltung, Satz und Layout:
heiner Medienservice, Wetzlar

Druck: Frankfurter Societätsdruckerei
Für den Druck der Wetzlarer Nachrichten wird 100 Prozent Recycling Papier verwendet.

Die CO₂-Belastung durch den Druck der Zeitung wird kompensiert durch Zahlung in Umweltprojekte von First Climate.



Brückenteilzeit – Brücken bauen zwischen Arbeit und Privatleben

Dagmar Schmidt: „Wer für eine bestimmte Zeit weniger arbeiten möchte, muss sicher sein, nach der Teilzeitphase wieder in das alte Arbeitszeitmodell zurückkehren zu können.“

Im Lahn-Dill-Kreis wurden 2017 über 2000 Kinder geboren. Einige ihrer Eltern werden nun ihre Arbeitszeit reduzieren.

Kinder erziehen, Angehörige pflegen, sich weiterbilden: Es gibt viele Gründe, weshalb Beschäftigte in Teilzeit wechseln. Die Nachteile: Weniger Lohn, geringere Aufstiegschancen und später weniger Rente. Viele wollen oder müssen später ihre Stundenzahl wieder auf die vorherige Arbeitszeit erhöhen,



Dagmar Schmidt ist seit 2013 Mitglied im Deutschen Bundestag. Dort ist sie im Ausschuss für Arbeit und Soziales und stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss und im Auswärtigen Ausschuss. Sie ist zudem Vorsitzende der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe. Seit 2013 ist sie Mitglied im Bundesvorstand der SPD, wo sie sich ebenfalls hauptsächlich mit dem Themenbereich Arbeit und Soziales beschäftigt.

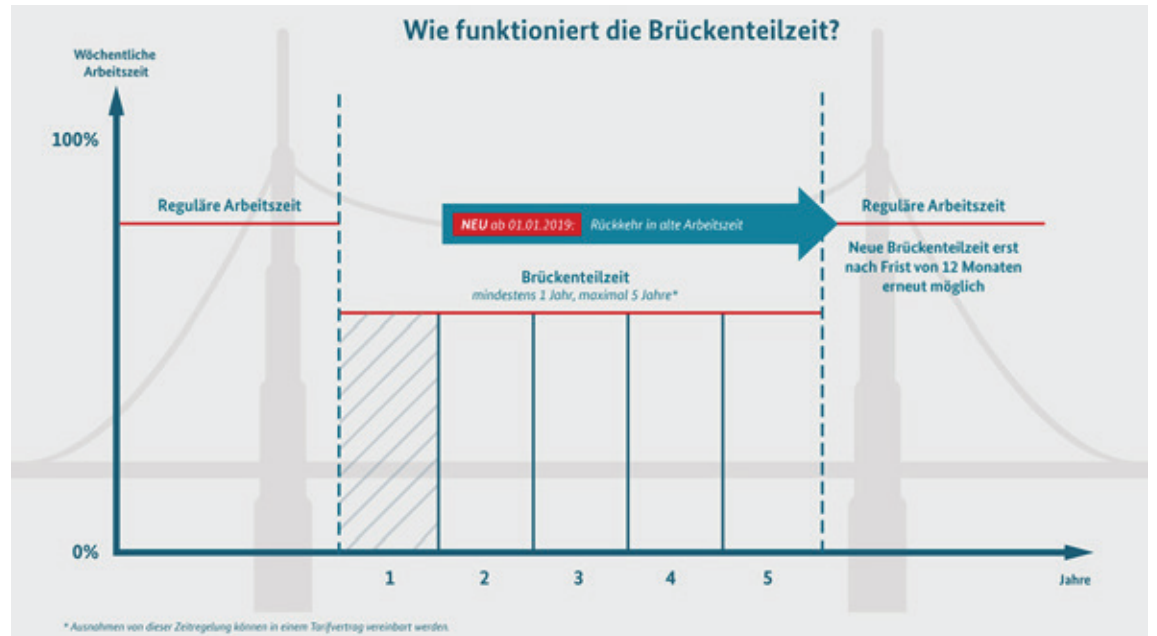
hen, stecken aber in der sogenannten Teilzeitfalle fest und können ihre Arbeitszeit nicht wieder aufstocken.

Wer heute für eine bestimmte Zeit weniger arbeiten möchte, muss sicher sein, dass sie oder er nach der Teilzeitphase wieder in die alte Arbeitszeit zurück kann. Diese Brücke wollen wir nun mit der Brückenteilzeit bauen. Wir wollen mehr Arbeitszeitflexibilität schaffen, die zum eigenen Weg und zum eigenen Leben passt. Die Brückenteilzeit ist ein aktiver Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter und hilft Altersarmut zu vermeiden. Vor allem Frauen, als diejenigen, die überwiegend in Teilzeit arbeiten (im Lahn-Dill-Kreis arbeiten ungefähr 20.000 Frauen und nur 4.000 Männer in Teilzeit) würden durch eine Rückkehr in die vorherige Arbeitszeit ein höheres eigenständiges Erwerbseinkommen erzielen und damit auch eine höhere Rente beziehen.

Was ändert sich durch die Brückenteilzeit?

Beschäftigte haben heute schon das Recht für bestimmte Situationen mehr Zeit für ihre Familie aufzuwenden. Mit der Elternzeit können Eltern ihre Erwerbstätigkeit vorübergehend unterbrechen, um sich auf die Erziehung ihrer Kinder zu konzentrieren.

Mit der Pflegezeit haben Angehörige das Recht für maximal 6 Monate vollständig oder teilweise von der Arbeit freigestellt zu wer-



den, um sich um die Pflege naher Angehöriger zu kümmern. Da 6 Monate manchmal nicht ausreichen, gibt es mit der Familienpflegezeit schließlich noch die Möglichkeit die Arbeitszeit für maximal 24 Monate auf bis zu 15 Stunden zu reduzieren.

Auch steht es allen Beschäftigten frei, in Absprache mit ihren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, ihre Arbeitszeit grundsätzlich zu reduzieren. Wir wollen diese Möglichkeit nun erweitern.

Wir wollen, dass es möglich ist, Brücken zu bauen zu den eigenen Lebensplänen und Lebenslagen – eine Brücke ins Ehrenamt, in

die Weiterbildung, in die Verwirklichung eigener Ziele und zurück. Deswegen führen wir nun den Anspruch auf zeitlich begrenzte Teilzeitarbeit ein. Am Ende der Brückenteilzeit kehren die Beschäftigten in ihre vorherige Arbeitszeit zurück.

Wem hilft die Brückenteilzeit?

Von der Brückenteilzeit profitieren diejenigen, die ihre Arbeitszeit aus privaten Gründen zeitlich befristet reduzieren wollen. Die Brückenteilzeit hilft aber auch den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern. Unternehmen können Beschäftigte an sich binden, indem sie ihnen ein Brücke bauen zwi-

schen dem Engagement bei der Arbeit und dem Engagement in anderen Lebensbereichen. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen erhalten so die Möglichkeit, Flexibilität und Verlässlichkeit für die Planung miteinander zu verbinden.

Zeitgleich unterstützen wir auch diejenigen, die jetzt bereits in zeitlich unbegrenzter Teilzeitarbeit sind und gerne mehr arbeiten möchten. Denn wir führen gleichzeitig noch eine weitere Änderung ein: Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber müssen in Zukunft beweisen, dass die Aufstockung einer Teilzeitstelle nicht möglich ist.

TSG: Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Schwarz-grüner Plan vergrößert die Kluft zwischen Stadt und Land, zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen

In der Diskussion um die Straßenausbaubeiträge, die hessische Kommunen von ihren Bürgerinnen und Bürgern erheben müssen, hat die SPD-Fraktion im hessischen Landtag einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Abschaffung dieser Bürgerbeiträge zum Ziel hat.

Derzeit sind die Kommunen in Hessen teilweise dazu verpflichtet, die Anlieger an den Kosten für die Sanierung von Straßen zu beteiligen. Die dabei entstehenden Belastungen für die Grundstückseigentümer können sich leicht auf mehrere zehntausend Euro belaufen.

„Derzeit kann die Grundsaniierung einer kommunalen Straße schnell zu einem richtigen Problem für die Menschen werden, die entlang dieser Straße ein Grundstück besitzen. Davor wollen wir die Eigentümerinnen und Eigentümer schützen. Gleichzeitig muss natürlich sichergestellt werden, dass der kommunale Straßenbau angemessen finanziert wird. Unser Gesetzentwurf bringt beides zusammen“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel, der den entsprechenden Gesetzentwurf am Dienstag gemeinsam mit dem haushaltspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Norbert Schmitt, in Wiesbaden vorstellte.



Münchholzhausen: Der Ärger über die Straßenausbaubeiträge ist groß

Schäfer-Gümbel betonte, dass sich der Gesetzentwurf der SPD deutlich von dem unterscheidet, was die schwarzgrüne Landesregierung derzeit bei den Straßenausbaubeiträgen plant. „Die Regierungskoalition steht in der aktuellen Diskussion unter Druck und sucht ihr Heil wieder einmal in einer Scheinlösung: CDU und Grüne wollen aus der Verpflichtung, die Anlieger für Straßensanierungen zur Kasse zu bitten, eine Option für die Kommunen machen. Das wird aber zwangsläufig dazu führen, dass die wohlhabenden Städte und Gemeinden auf die finanzielle Beteiligung der

Bürgerinnen und Bürger verzichten, während die ärmeren Kommunen – gerade im ländlichen Raum – trotzdem Ausbaubeiträge erheben müssen, weil sie sich die erforderlichen Investitionen sonst gar nicht leisten können. Der schwarzgrüne Plan vergrößert also die Kluft zwischen Stadt und Land, zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen. Der Gesetzentwurf der SPD hingegen schafft die Straßenausbaubeiträge komplett ab und nimmt bei der Finanzierung das Land stärker in die Pflicht. Das ist der effektivste und verlässlichste Weg, um die Eigentümerinnen und Eigen-

tümer von Grundstücken in Hessen vor der finanziellen Überforderung zu schützen“, so Thorsten Schäfer-Gümbel.

Norbert Schmitt erläuterte als haushaltspolitischer Sprecher seiner Fraktion, wie die SPD den Erhalt und die Sanierung von Kommunalstraßen künftig finanzieren möchte. Er sagte: „Natürlich muss es einen Ausgleich geben, wenn die Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen wegfallen. Dafür sollen die Städte und Gemeinden pauschalierte Sonderzuweisungen aus originären Landesmitteln bekommen.“

Diese Zuweisungen sollen deutlich über den 39 Millionen Euro jährlich liegen, die den hessischen Gemeinden derzeit aus Straßenausbaubeiträgen zufließen. Die entsprechenden Mittel sollen je zur Hälfte nach Einwohnerzahl und Größe des Gemeindegebiets verteilt werden.“ Die SPD-Fraktion habe besonders darauf geachtet, dass die Mittelverteilung sowohl den Kommunen im ländlichen Raum als auch denen in den Ballungsgebieten gerecht werde. Mit der Pauschalierung der Zuweisungen an die Kommunen könne auch der hohe bürokratische Aufwand für die bisher erforderliche Abrechnung der Straßenausbaubeiträge vermieden werden, sagte Norbert Schmitt.



Thorsten Schäfer-Gümbel ist Spitzenkandidat der SPD für die hessische Landtagswahl im Oktober. Der Fraktionsvorsitzende sowie Landesvorsitzender der hessischen SPD und stellvertretende Vorsitzende der Bundes-SPD ist seit 2003 im hessischen Landtag. Brandaktuell ist sein Buch **Die sozialdigitale Revolution**. Darin zeigt er Lösungsansätze auf, „Wie die SPD Deutschlands Zukunft gestalten kann“.

(Buchbesprechung Seite 16)

Wer keine Straßenbeiträge will, der hat nur eine Wahl: SPD

CDU, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP machen sich vor der Landtagswahl einen schlanken Fuß

Landauf, landab und keineswegs nur in Wetzlar stehen grundsätzliche Straßensanierungen und damit verbundene Beitragsfinanzierungen durch die Anlieger ganz oben auf der Tagesordnung. Das Thema erhitzt die Gemüter.

Inzwischen hat das Thema auch die Landesebene erreicht. Doch das, was der schwarz-grünen Landesregierung mit Unterstützung der oppositionellen FDP dazu einfällt, das wird den Herausforderungen, denen sich Anlieger und Kommunen ausgesetzt sehen, wahrlich nicht gerecht.

CDU, Bündnis 90/Die Grünen und die Liberalen sprechen vollmundig von einem „5 Punkte-Maßnahmenpaket zur Anpassung der Straßenbeiträge“. Dieses Paket ist nicht mehr als der untaugliche Versuch, Problem-bewusstsein und Aktionismus zu demonstrieren. Verändern wird er in der Realität aber nicht wirklich viel. Das Problem bleibt und den Kommunen hat man einmal mehr den schwarzen Peter zugeschoben.

Immer mehr Bürger erkennen in dem schwarz-grün-gelben Paket das was es ist: eine wahltaktische Mogelpackung vor der hessischen Landtagswahl.

So sieht das in Sachen Straßenbeiträge operierende hessische Jamaika-Bündnis vor, die Verpflichtung der Städte und Gemeinden zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in eine „Kann-Regelung“ zu verwandeln. Und mit Süffisanz fügen die verantwortlichen Landespolitiker noch hinzu, diese Entscheidungsfreiheit stärke die kommunale Selbstverwaltung.

Doch mit dieser Regelung haben



Foto: Heiner Jung

Vor Ort steigt der Druck der Anlieger auf Städte und Gemeinden

die Städte und Gemeinden keinen Cent mehr in der Kasse, der es erlauben würde auf die Beiträge zu verzichten. Auch die Kommunalaufsicht kann und wird den Kommunen, gerade wenn ihre Haushaltslage kritisch ist, den Verzicht auf das vorrangige Deckungsmittel „Beitrag“ nicht durchgehen lassen. Und vor Ort wird der Druck der Anlieger auf die Städte und Gemeinden steigen, denn offenbar lässt der Gesetzgeber den Verzicht auf Beiträge zu. Dass der Zins im Falle von Stundungen reduziert und die Stundungsdauer verlängert werden soll, ist der Vollständigkeit halber zu erwähnen, aber nicht die eigentliche Problemlösung.

Hessische SPD steht für den Verzicht auf Straßenausbaubeiträge

Die hessische SPD geht mit ihrem Spitzenkandidaten Thorsten Schäfer-Gümbel das Thema konsequent und wirklich nachhaltig an. Die SPD steht für eine Abschaffung der Straßenbeiträge. Gleichzeitig soll den Kommunen der Ein-

nahmeausfall durch Landesmittel in Form einer Investitionspauschale ersetzt werden.

In den Augen des Wetzlarer Oberbürgermeisters Manfred Wagner ist dies der einzig richtige Weg. Er deckt sich im Übrigen auch mit den Grundaussagen der von der Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen von SPD, FWG und Bündnis 90/Die Grünen beschlossenen Linienführung, dass der Verzicht auf die Pflicht zur Beitragserhebung gegenfinanziert werden muss. Das ist auch möglich. Nicht nur, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gegenwärtig gut sind; Hessen wird auch von der Neustrukturierung des Länderfinanzausgleichs und einer deutlich verbesserten Finanzausstattung profitieren, um auch das kommunale Straßennetz nachhaltig instand halten zu können.

Und wenn das nicht ausreichen sollte, dann kann auch mit etwas Ausgabendisziplin ein Finanzierungsbeitrag geleistet werden.

Denn wie wohl kaum eine andere Landesregierung in Deutschland fährt das Kabinett Bouffier/Al Wazir eine kostenträchtige PR-Kampagne nach der anderen. Dem Vernehmen nach soll alleine die Me-

dienkampagne zur Einführung des Hessentickets im vergangenen Jahr rund 1,5 Millionen Euro gekostet haben. Und das war gewiss nicht die einzige Kampagne von Schwarz-Grün!

Jetzt gilt es, verehrte Herren Steinraths und Dr. Bürger!

Lange Zeit konnten der Stadtverordnete Frank Steinraths, nachgerückter Landtagsabgeordneter der CDU und einer seiner Mitbewerber bei der bevorstehenden Landtagswahl, Dr. Matthias Bürger, Fraktionsvorsitzender der FDP, versuchen, das auch in Wetzlar streitige Thema der Erhebung von Beiträgen für den Straßenausbau für ihren politischen Tageserfolg zu nutzen.

Schließlich ist die Stadtkoalition aus SPD, FW und Bündnis 90/Die Grünen aktuell dabei, den auch von den politischen Erblässern der Herren Steinraths und Dr. Bürger erzeugten Sanierungsstau abzuwickeln. Und dazu gehört der Erhalt der Infrastruktur und die Finanzierung desselben. Im Stadtparlament sind beide Herren im Konzert mit ihren Parteifreunden bisher nicht mit wirklichen Lösungen aufgefallen. Vielmehr versuchen sie, Ängste und Betroffenheiten der Anlieger im Sinne eines „Teilchenbeschleunigers“ in Vorwürfe gegenüber dem Magistrat umzuwandeln. Einem Magistrat, der das vom Stadtparlament einstimmig – also auch mit CDU- und FDP-Stimmen herbeigeführte Satzungsrecht umsetzt – nicht mehr und nicht weniger. Doch wer glaubte, die örtlichen

Erfahrungen und ihre hier gesäten Erwartungen würden die beiden Herren auf der Landesebene von CDU und FDP im Sinne der Anlieger und der kommunalen Familie einbringen, der sieht sich mehr als getäuscht.

Das „5-Punkte-Maßnahmenpaket zur Anpassung der Straßenbeiträge“, das CDU und FDP gemeinsam mit den Grünen auf den Weg gebracht haben ist nicht mehr als eine Mogelpackung.

Das sieht auch der eine oder andere Kommunalpolitiker aus dieser Lagern richtig. Die Wetzlarer Stadtverordneten Christoph Schäfer (CDU) und Christian Sarges (Bündnis 90/Die Grünen) bezogen in Leserbriefen in der heimischen Presse unabhängig voneinander entsprechend klar und eindeutig Position.

Jetzt ist es an Frank Steinraths und Dr. Matthias Bürger, die beide anstreben, dem nächsten Hessischen Landtag (Wahl am 28. Oktober 2018) anzugehören, Farbe zu bekennen. Es gilt nicht nur den Mund zu spitzen, jetzt muss gepfiffen werden!

Wie halten Sie es mit der Forderung der SPD, die Erhebung von Straßenbeiträgen abzuschaffen und den Einnahmeausfall den Städten und Gemeinden durch das Land zu erstatten?

Sie können sicher sein, die Wählerinnen und Wähler erwarten Ihre Antwort!

Ernst-Leitz Hotel eröffnet

Besucherandrang der Wetzlarer beim Tag der offenen Tür



Am 1. Mai öffnete nach intensiver Vorbereitung das Ernst-Leitz-Hotel und bat die Wetzlarer zum Tag der offenen Tür.

Und die Wetzlarer kamen. Es herrschte teilweise ein so großer Andrang, dass die Führungen am

Nachmittag ausgebucht waren. Allgemeiner Tenor war, dass dieses Hotel ein Gewinn für Wetzlar ist und zusammen mit der künftigen Leica-Erlebniswelt, die ein Museum und Archiv beinhaltet, ein großartiges Angebot für Touristen aus aller Welt bietet.





■ Beratung ■ Planung ■ Ausführung ■ Handel ■ Service

...mit uns neue Wege gehen!

Pflasterarbeiten | Raseneinsaaten | Zaunbau | Ganzjahrespflege | Teichbau
Fällarbeiten | Trockenmauern | Pflanzungen | Treppenbau | Winterdienst

Rainstraße 19 | 35633 Lahnu - Waldgirmes
Fon 06441 - 3 14 39 | Fax 06441 - 39 09 53
www.theiss-garten.de | info@theiss-garten.de



Zeitarbeit

Arbeitsvermittlung

Arbeitssicherheit



Lempstraße 23
35630 Ehringshausen

Tel: 06443 83391-0
Fax: 06443 83391-29

panzer@khp-plt.de
www.khp-plt.de

Dr. Ingrid Knell ist Lina-Muders-Preisträgerin 2018

Ausgezeichnet für ihre medizinische Betreuung geflüchteter Menschen und ihr Engagement als Vorsitzende des Interkulturellen Rates

„Wo Zivilcourage keine Heimat hat, da reicht die Freiheit nicht weit“. Mit diesem Wort von Willy Brandt leitete der Stadtverbandsvorsitzende der Wetzlarer SPD, Oberbürgermeister Manfred Wagner die Feierstunde ein, in deren Verlauf die Wetzlarer SPD zum neunten Mal den Lina-Muders-Preis verleihen konnte.

In diesem Jahr wurde Dr. Ingrid Knell ausgezeichnet. Sandra Ihne-Köneke, Fraktionsvorsitzende der SPD im Wetzlarer Stadtparlament, hielt die Laudatio und wies darauf hin, dass sich die Preisträgerin sowohl als ebenso warmherzige und anpackende Medizinerin bei der Aufnahme und ärztlichen Betreuung geflüchteter Menschen als auch als Vorsitzende des Wetzlarer Interkulturellen Rates verdient gemacht habe.

Dr. Ingrid Knell verkörpere die Werte, die mit dem Lina-Muders-Preis besonders in den Fokus gerückt werden sollen: Einsatz gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Diskriminierung und Engagement für ein tolerantes Miteinander. Unter dem Beifall der Gäste der Feierstunde fügte sie hinzu, dass Frau Dr. Knell eine Bereicherung für die Stadtgesellschaft sei. Durch ihr großartiges Engagement, gerade auch im Wetzlarer Interkulturellen Rat, för-



Dr. Ingrid Knell

dere sie das friedliche, gute und respektvolle Miteinander der verschiedenen Kulturen.

Landrat Wolfgang Schuster und Manfred Wagner wiesen in der von Julia Pritz (Harfe) musikalisch umrahmten Veranstaltung auf den Mut und die Courage von Lina Muders hin, die sich in den dunkelsten Stunden der deutschen Geschichte gegen die Nationalsozialisten gestellt, eine Gefängnisstrafe auf sich genommen und nach dem Kriege den Aufbau des Gemeinwesens tatkräftig vorangetrieben habe.

Gerade angesichts der aktuellen Ereignisse mit einem rauer

werdenden Umgangston, der zunehmenden Diskriminierung von Minderheiten und einem wieder erstarkenden Rechtsradikalismus gelte es, deutliche Zeichen für unsere freiheitliche, menschenwürdige und solidarische Gesellschaft zu setzen und damit zugleich Vorbildfunktion einzunehmen.

Zivilcourage bedeutet auch, den Mut zum Widerspruch zu haben, wenn die uns einenden Grundwerte mit Füßen getreten werden. Und um es mit den Worten der Journalistin Franca Magnani zu sagen: „Je mehr Bürger mit Zivilcourage ein Land hat, desto weniger Helden wird es einmal brauchen.“



Von links: Manfred Wagner, Sandra Ihne-Köneke, Ingrid Knell, Wolfgang Schuster, Jörg Kratkey

Fotos: Heiner Jung



Ein „Sponsormobil“ für die Jugendarbeit

23 Sponsoren bringen 35.000 Euro auf



Gemeinsam mit Sponsoren nahmen Abteilungsleiter Hans-Helmut Hofmann, Jugendförderer Rainer Arnold und Oberbürgermeister Manfred Wagner (v.l.) das „Sponsormobil“ in Empfang.

Es war eine langgehegter Wunsch der Abteilung Jugend des städtischen Jugendamtes: Ein Kleinbus für die Jugendzentren, die Jugendtreffs in den Stadtteilen und das Jugendbildungswerk für Bildungs- und Freizeitaktivitäten.

Doch aus Eigenmitteln des Stadthaushalts war dies nicht möglich. Jetzt konnte dank 23 Sponsoren, die 35.000 Euro aufgebracht haben, ein 9-Sitzer Ford Transit angeschafft werden. Das Fahrzeug wurde am 18. April im Beisein

der Sponsoren an das Jugendamt übergeben.

Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD) dankte den Förderern, die durch Werbeaufkleber auf dem Mobil sichtbar sind, für ihr großzügiges Engagement, das für die Jugendlichen Wetzlars gut angelegt sei.

Abteilungsleiter Hans-Helmut Hofmann sagte, der Kleinbus schaffe Raum für Fahrten mit den Jugendlichen und gemeinsame Erlebnisse; „Der Bus wird gut ausgelastet sein.“

Rotkreuzler informieren am Weltrotkreuztag in Wetzlar

150 Jahre DRK Kreisverband



OB Manfred Wagner mit dem Geschäftsführer des DRK-Kreisverbandes Jürgen Müller im Kreis der DRK-ler

Am Weltrotkreuztag hat Oberbürgermeister Manfred Wagner gemeinsam mit Aktiven des DRK Wetzlar in der Bahnhofstraße Kaffee an die Passanten verteilt.

Kaffee macht in aller Regel hellwach, so wie die Rotkreuzler bei ihren Einsätzen sind. Der 8. Mai begann für den OB morgens mit

dem DRK und endete mit dem Roten Kreuz. Abends konnte Manfred Wagner dem DRK-Kreisverband Wetzlar gemeinsam mit Landrat Wolfgang Schuster zu seinem 150jährigen Bestehen gratulieren. „Herzlichen Glückwunsch und herzlichen Dank allen Aktiven des Roten Kreuzes für den unermüdlchen humanitären Einsatz!“



BÖKELS KOLUMNE



Gerhard Bökel war seit 1978 Landtagsabgeordneter für Wetzlar, Landrat des Lahn-Dill-Kreises und später Innen- und Landwirtschaftsminister. Lebt in Frankfurt und in der Nähe von Avignon.

Und wieder haben wir also eine Große Koalition aus CDU und SPD – die Sozialdemokraten haben ihr letztlich auf sanften Druck ihres Parteifreundes Frank-Walter Steinmeier zugestimmt, der für die Zeit als Bundespräsident seine Parteimitgliedschaft ruhen lässt. Die Alternative wären Neuwahlen gewesen, die für die Volksparteien riskant gewesen wären.



Apropos Volksparteien: kann man noch von einer „Volkspartei“ sprechen, wenn die sich den 20 Prozent nähert? Als 1966 die erste Große Koalition gebildet wurde, hatte die CDU bei der vorangegangenen Bundestagswahl 47,6 % der Stimmen geholt, die SPD 39,3 und die FDP 9,5. Mehr Parteien gab es nicht. Nicht mehr und noch nicht wieder.



Auch vor Bildung dieser ersten Großen Koalition gab es heftige Diskussionen in der SPD, die Partei stand vor einer Zerreißprobe. Dagegen waren die parteiinternen Diskussionen der letzten Monate nur ein laues Lüftchen. Herbert Wehner, in den sechziger Jahren – trotz Willy Brandt als Vorsitzendem und Kanzlerkandidat – in den Augen vieler Beobachter des Bonner Politikbetriebs der mächtigste Mann in der Partei, setzte sich damals gegen starken Widerstand durch.



Um das nachvollziehen zu können, ist ein Blick auf die Anfänge der Bundesrepublik hilfreich. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 rechneten viele Beobach-

ter mit einem Sieg der SPD und sahen Kurt Schumacher als ersten Kanzler der neuen Republik. Doch es kam anders. Die CDU präsentierte den damals noch parteilosen Wirtschaftsprofessor Ludwig Erhard und dessen „Soziale Marktwirtschaft“ als zentrales Thema. Eine erfolgreiche Strategie, Konrad Adenauer wurde Bundeskanzler. Er setzte sich auch vier Jahre später gegen Erich Ollenhauer und dessen SPD durch, die für Verhandlungen mit der UdSSR mit dem Ziel der Wiedervereinigung warb und Adenauers Außenpolitik attackierte.



Auch 1957 blieb Adenauer an der Macht. Der Wahlkampf war überschattet vom Ost-West-Konflikt, die Sowjetunion war im Herbst 1956 in Ungarn einmarschiert. Die Christdemokraten errangen die absolute Mehrheit, obwohl nun fünf Parteien den Sprung ins Parlament schafften. Die dann folgende Bundestagswahl 1961 wurde überschattet vom Bau der Berliner Mauer. Und wieder trat der inzwischen 85jährige Konrad Adenauer für die Union an. Die SPD präsentierte den ebenso charismatischen wie populären Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt. Die CDU verlor zwar ihre absolute Mehrheit. Mit der FDP bildete sie aber wieder die Regierung, obwohl diese zunächst gegen eine weitere, die vierte Amtszeit Adenauers war.



Schon in diesem Wahlkampf warb Herbert Wehner offen für eine große Koalition, obwohl die Christdemokraten den sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Willy Brandt wegen seiner Vergangenheit mit Schmutzkampagnen

überzogen. Wehner argumentierte so: „Wenn wir einmal mit 6 oder 8 Bundesministern vier Jahre lang in der Regierung sind, wollen wir doch mal sehen, ob der „Rote Bürgerschreck“ noch in Deutschland sitzt, oder ob dann nicht eine neue Zeit begonnen hat.“



Adenauer trat schließlich während der Legislaturperiode zurück, Ludwig Erhard wurde 1963 neuer Kanzler. Bei der Bundestagswahl 1965 musste er sich selbst den Wählern stellen. Ihm, dem „Vater des Wirtschaftswunders“, verdankte die Union dann das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte. Schließlich bildete auch er mit der FDP eine Regierung, die allerdings schon im Jahr darauf scheiterte. Die Freien Demokraten verließen im Streit um Steuererhöhungen die Regierung. Vergeblich versuchte Erhard sich noch mit einer Minderheitsregierung.



Nun schlug die Stunde von Herbert Wehner. Zielgerichtet führte er die SPD in die erste Große Koalition unter dem CDU-Kanzler Kurt-Georg Kiesinger, dem langjährigen Ministerpräsidenten Baden-Württembergs. Ausgerechnet jenem Kurt-Georg Kiesinger, der am 1. Mai 1933 „ohne Zwang und Notwendigkeit“, wie es FR-Chefredakteur Karl Gerold schrieb, in die NSDAP eintrat und unter den Nazis bis zum Ende des Krieges Karriere machte. Er wurde stellvertretender Leiter des Auslandsrundfunks, ausdrücklich unterstützt von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels, dem engen Vertrauten Adolf Hitlers. Kiesingers Nazi-Vergangenheit war natürlich auch Herbert Wehner bekannt – womöglich haben

sich beide dann in der Regierungsarbeit auch deshalb gut verstanden, weil auch der Sozialdemokrat sein Päckchen mit seiner – allerdings kommunistischen – Vergangenheit zu tragen hatte. Jedenfalls gewann er schnell das Vertrauen Kiesingers und Wehner hatte sein Etappenziel erreicht. Die Sozialdemokraten hatten seit 1930 erstmals wieder Regierungsverantwortung und stellten mit Willy Brandt den Außenminister und Vize-Kanzler. Wehner selbst, der geniale Strippenzieher, wurde Minister für Gesamtdeutsche Fragen. Mit am Kabinettstisch waren so markante Persönlichkeiten wie Franz-Josef Strauß (CSU, Finanzen) und Karl Schiller (SPD, Wirtschaft). Aber auch die Minister Gustav Heinemann und Georg Leber für die SPD sowie Gerhard Stoltenberg und Kai-Uwe von Hassel für die CDU waren prominente Namen dieser ersten Großen Koalition, die von den starken Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt (SPD) und Rainer Barzel (CDU) parlamentarisch gestützt wurde.



Drei Jahre später, bei der Bundestagswahl 1969, erhielten die CDU 46,1 Prozent der Wählerstimmen, die SPD 42,7 Prozent und die FDP 5,8 Prozent. Herbert Wehner und mit ihm Helmut Schmidt tendierten bei dem knappen Wahlergebnis zu einer Fortsetzung der großen Koalition, um die SPD weiter zu stabilisieren. Doch diesmal packte der sonst oft zögerliche Willy Brandt zu. Er sagte sich noch in der Wahlnacht von der Großen Koalition los, um gemeinsam mit der FDP und der denkbar knappsten Mehrheit seine Ostpolitik durchzusetzen. Willy Brandt nutzte auch die zunehmende Wechselstimmung nach 20 Jahren CDU-Kanzlerschaft. Die CDU musste erst-

mals seit Bestehen der Bundesrepublik mit den Oppositionsbänken vorlieb nehmen. Vergleiche mit der Vergangenheit hinken meist. Zumindest kann aber der Blick zurück auch Mut machen: über eine Regierungsbeteiligung und als der kleinere Partner in einer Großen Koalition beim nächsten Mal die Kanzlerin zu stellen. Andrea Nahles als Nachfolgerin von Angela Merkel – eine für Sozialdemokraten verlockende Vorstellung! Viel wird davon abhängen, ob der SPD der schwierige Spagat gelingt zwischen solider, verlässlicher Regierungsarbeit in der Großen Koalition und der notwendigen Erneuerung und Profilierung als linke Volkspartei. Dazu muss sie erheblich zulegen und zumindest die 30-Prozent-Marke wieder deutlich überschreiten. Auf dem Weg dorthin kann schon mal die hessische SPD bei der Landtagswahl am 28. Oktober ein Zeichen setzen und auf eine Wechselstimmung hoffen. Nach dann 20 Jahren CDU-geführter Regierungen in Wiesbaden.

Kinderolympiade im Europapark

75 angehende Erzieherinnen der Käthe-Kollwitz-Schule betreuten 460 Vorschulkinder bei verschiedenen Disziplinen

Wettkampffieber im Europapark: 460 Vorschulkinder aus 30 Wetzlarer Kindertagesstätten haben am 8. Mai an der neunten Kinderolympiade der Stadt Wetzlar mit großer Begeisterung teilgenommen.

An Spielstationen konnten sich die Kinder in Disziplinen wie Rollenrutsche, Dosenwerfen, Bobbycarfahren und Kissenschlacht messen, betreut von 75 angehenden Erzieherinnen der Käthe-Kollwitz-Schule.

Als weitere Kooperationspartner waren die Hessische Sportjugend und der Arbeitskreis Jugendzahnpflege auch in diesem Jahr mit an Bord; ebenso wie Clown Ichmael, der für Spaß und Motivation sorgte. Zum Abschluss gab's für jede Gruppe eine Schatzkiste von Oberbürgermeister Manfred Wagner. Auch die schönsten Fahnen wurden prämiert.



Wetzlar erinnert an die Zerschlagung der freien Gewerkschaften vor 85 Jahren

In Wetzlar war das Gewerkschaftshaus des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) in der Hermannsteiner Straße betroffen.

Am 2. Mai 1933 besetzten die Nationalsozialisten die Gewerkschaftshäuser und zerschlugen die freien Gewerkschaften.

Mit einer Gedenktafel, die vom DGB-Kreis Lahn-Dill, der IG Metall Mittelhessen, dem Verein „Wetzlar erinnert“, dem Deutschen Kinderschutzbund als heutigem Nutzer des Hauses, unterstützt durch die Stadt Wetzlar sowie dem Bundesprogramm „Demokratie leben“ gestiftet wurde, wird an dieses Ereignis erinnert.

Oberbürgermeister Manfred Wagner zitierte im Rahmen der Gedenkstunde zur Enthüllung der Gedenktafel den früheren Bundespräsidenten Joachim Gauck: „Eine Gedenkstunde ist für mich mehr als ein Rückblick. Eine Gedenkstunde kann unsere Gegenwart verändern, weil sie uns daran erinnert, wofür es sich zu kämpfen lohnt.“ Und daher gelte es, sich ganz im Sinne des Wortes von Gauck auch im Jahr 2018 bewusst zu machen, dass nur dort, wo es freie Gewerkschaften und freie Arbeitnehmervertretungen gebe, Demokratie und Teilhabe kein leeres Versprechen bleibe sondern zur sozial verhandelten Wirklichkeit werde.

Zugleich brachte der OB seinen Dank dafür zum Ausdruck, dass dieser Gedenktafel nach den Planungen von „Wetzlar erinnert“ weitere folgen werden, um auf die dunkelsten Stunden der deutschen Geschichte und ihre Spuren in Wetzlar hinzuweisen. Denn eines ist klar: „Zukunft braucht Erinnerung!“



Gudrun Geißler vom Kinderschutzbund begrüßte die zahlreichen Gäste



Arne Beppler, DGB; Stefan Sachs, IG Metall; Gudrun Geißler vom Kinderschutzbund; Irmi Richter von „Wetzlar erinnert“ und OB Manfred Wagner enthüllen die Gedenktafel

Ernennungen bei der Feuerwehr Wetzlar

OB Wagner: Dank und Anerkennung für die Leitungsbereitschaft

In den zurückliegenden Jahreshauptversammlungen der Wehren der Wetzlarer Feuerwehr wurden Führungskräfte in ihren Ämtern bestätigt und einzelne Positionen neu besetzt.

Oberbürgermeister Manfred Wagner nahm jetzt gemeinsam mit dem Leiter der Feuerwehr, Erwin Strunk, die beamtenrechtlichen Ernennungen der Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamten vor.

In diesem Zuge drückte der Oberbürgermeister, zugleich auch Brandschutzdezernent der Stadt, den Führungskräften der Feuerwehr seinen Dank und seine Anerkennung für ihren Einsatz und die Bereitschaft aus, Leitungsaufgaben zu übernehmen. „Sie sind mit Ihrer fachlichen und menschlichen Kompetenz für die effektive Wahrnehmung der Brandschutzaufgaben und der Hilfeleistungen unverzichtbar und vielen Menschen ein Vorbild“, sagte Wagner.



OB Wagner (rechts) mit Führungskräften der Wetzlarer Feuerwehren

Erfolgreiche Projekte gegen Langzeitarbeitslosigkeit

SPD Stadtverordnetenfraktion besucht die GWAB

Die hohe Zahl der arbeitslosen Menschen beschäftigt die Fraktionsmitglieder immer wieder im kommunalpolitischen Handeln.

Um sich ein Bild machen zu können von den vielfältigen Integrationsbemühungen, besuchte die Fraktion am 27. März die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen, kurz GWAB, eine gemeinnützige Gesellschaft des Lahn-Dill-Kreises. Gleich zu Beginn bedankte sich die Fraktionsvorsitzende Sandra Ihne-Köneke bei Anke Hans (Abteilungsleitung) und Karsten Beer (Abteilungsleitung Zuwanderung und Beruf) für die Möglichkeit, dass die Fraktion sich direkt vor Ort informieren kann.

Wenn Menschen längere Zeit arbeitslos sind, sinken die Chancen, dass aus eigener Kraft wieder der Anschluss in das Berufsleben gefunden wird. Sie brauchen professionelle Unterstützung um ein Beschäftigungsverhältnis zu beginnen.

Programme mit unterschiedlichen Schwerpunkten bieten hier die Möglichkeit, durch eine intensive Förderung und Begleitung die Arbeitsfähigkeit wieder herzustellen und durch Qualifizierungselemente oder Praktika nächste Schritte zur weiteren Integration in das Berufsleben zu schaffen.

Zum Beispiel das Projekt „Initiative ProAbschluss“, Zielgruppe: Beschäftigte ab 27 Jahre mit Erstwohnsitz in Hessen, die bisher keinen Berufsabschluss in ihrer aktuellen Beschäftigung vorweisen können.

Oder das Projekt „Aktivierungszentrum“ unterstützt die Menschen, ihre Fähigkeiten zu erkennen und zu nutzen. Es sollen mit den TeilnehmerInnen kreative Wege gefunden werden, damit die eigenen Stärken in die Arbeit, in die Familie, in das private Umfeld oder in die Gesellschaft eingebracht werden können.

Die Teilnahme dauert in der Regel sechs Monate. Hilfe bei Bewerbungen und professionelle Unterstützung bei der Arbeitssuche gehören als unterstützende Maßnahmen zum Projekt.

Bei diesem Projekt haben von 2012 – 2017 über 5.000 Personen teilgenommen. Die Vermittlungsquote lag bei 20%. Es gab einen Neustart am 01.09.2017, bis zum Stichtag 28.02.2018 waren 46,6% der TeilnehmerInnen aus dem Stadtgebiet Wetzlar.

Das Projekt „Job Aktiv“ unterstützt die TeilnehmerInnen bei ihrer individuellen Stellensuche, damit sie schnellstmöglich eine

passende Arbeit finden. Die Zuweisung in das Projekt erfolgt durch das kommunale Jobcenter Lahn-Dill. Standorte bestehen in Dillenburg und Wetzlar.

Die Teilnahmedauer beträgt acht Wochen ab dem individuellen Beginn und verlängert sich entsprechend der Ausfallzeiten durch Krankheit bzw. Fehlzeiten. Normalerweise sind die TeilnehmerInnen wöchentlich an 4 Werktagen für je 3 Stunden bei „Job Aktiv“ anwesend. Eine flexible Zeiteinteilung vor- oder nachmittags ist möglich.

„Chance Arbeitsmarkt“ hat als Zielgruppe Flüchtlinge aus Drittstaaten mit einer positiven Bleibeperspektive in Deutschland im Alter zwischen 16 und 65 Jahren, die in den letzten Jahren aufgrund politischer Entwicklungen und Kriegen in ihren Heimatländern vermehrt den Weg nach Europa bzw. nach Deutschland suchten, um hier für sich und ihre Familien ein neues Zuhause zu finden.

Es gibt Integrationskurse für Geflüchtete ab 20 Jahren, aus den Ländern Afghanistan, Pakistan sowie Türkei und Äthiopien. Nicht anerkannte Flüchtlinge werden vom Land finanziert.

Der Unterricht findet in sprachhomogenen gemischten Gruppen oder in Frauengruppen statt und wird von qualifizierten Lehrkräften in deutscher Sprache und der Muttersprache der Teilnehmenden durchgeführt (teamteaching). Der Unterricht findet jeweils Montags bis Donnerstags in der Zeit von 8.30 Uhr bis 12.30 Uhr oder von 13.00 Uhr bis 17.00 Uhr statt.

Desweiteren gibt es „Selbstlernzentren“, das Angebot richtet sich an alle Menschen mit Migrationshintergrund im Lahn-Dill-Kreis sowie der Stadt Wetzlar, die ihre Kenntnisse der deutschen Sprache verbessern möchten.

Das Projekt „Weg in faire Arbeit“ richtet sich explizit an Menschen aus Bulgarien und Rumänien. Diese Personen kommen oft unter ganz falschen Versprechungen nach Deutschland und arbeiten und leben hier unter katastrophalen Bedingungen.

Ziel ist es, dass diese Personengruppe anständige Arbeitsbedingungen und Entlohnung erfährt. Ein Kurs dauert 6-7 Monate. Im letzten Kurs waren 50 TeilnehmerInnen, davon fielen 35 komplett aus dem SGB 2 Bezug.

Alle Fraktionsmitglieder waren von der vielfältigen Eingliederungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten beeindruckt und bedankten sich für die detailreichen Informationen.



Perspektiven durch Qualifizierung

RSV holt sensationell Bronze beim Hessenpokal

Am 5. Mai spielten die Teams der Fußball-ID Hessenliga auf der Bezirks-Sportanlage in Büblingshausen den Hessenpokal aus

Neben bestem Wetter, perfekter Organisation und tollem Sport gab es viel Wertschätzung aus der regionalen Politik, Sportprominenz und der heimischen Wirtschaft.

Ulrich Bähringer (Auto Diehl) freut sich, seit Jahren Partner des RSV Büblingshausen Fußball-ID zu sein. Er hatte auch noch einen Scheck für das Team dabei. Wetzlarers Sportamts-Leiter Wendelin Müller überbrachte die Grüße der Stadt zum Hessenpokal und warf seinen Blick bereits auf die Deutsche Meisterschaft, die vom 11. – 14. Juni in Wetzlar ausgetragen wird. Liga-Leiter Michael Trippel (HBRS) begrüßte „seine Teams“ und stellte die besondere Rolle von RW-Frankfurt heraus, die nur für den heutigen Wettbewerb gemeldet hatten und nicht in der ID-Liga starteten.

Ansgar Trost, der stellvertretende Schulleiter der Friedrich-Fröbel-Schule, freut sich über die fruchtbaren Ergebnisse der Kooperation „Schule und Verein“, die seine Schule mit dem RSV seit 2014 verbindet.

Besonders dankte er Marcel Ha-



Große Freude bei den ID-Fußballern des RSV Büblingshausen über den 3. Platz beim Hessenpokal

nisch, Karsten Dähnrich und deren Trainer-Team für das außerordentliche Engagement für diese Kooperation. „Das kann man nur mit vielen Unterstützern stemmen, ich möchte mal, wenn es auch unfair ist, drei herausheben: Round Table für Auf- und Abbau, Firma Bill-Zelte für die kostenfreien Garnituren und die Turnerfrauen des RSV, die wieder für das leckerste Ku-

chen-Buffer der Hessenliga gesorgt haben“, so Karsten Dähnrich, der Abteilungsleiter REHA-Sport beim RSV Büblingshausen.

Zum Abschluss der Eröffnung kam Entertainer Frank Mignon zu Wort. Er ist intensiv in die Durchführung der Deutschen Meisterschaft eingebunden. Er stellte die Weltpremiere des neuen Songs für die Veranstaltung „Große Sa-

che 2018“ vor. Später im Laufe des Turniers sollten noch Wetzlarers Oberbürgermeister Wagner und HBRS-Botschafterin Nia Künzer die Chance zu Grußworten erhalten. Beide berichteten neben ihrer Begeisterung für den ID-Fußball auch von ihrer Vorfreude auf die Deutsche Meisterschaft im Juni in Wetzlar.

Jetzt aber zum Sportlichen: Der gastgebende RSV hatte es zum Auftakt mit RW-Frankfurt zu tun und gewann verdient mit 2:0 durch die Tore von Tim Crone und Jan Sascha Weil. Im zweiten Spiel kam es zur Neuauflage des Mittelhessen-derbys Büblingshausen gegen Klein-Linden. Jan Sascha Weil traf erneut für den RSV und das goldene Tor entschied eine enge Begegnung. Im letzten Gruppenspiel ging es gegen Darmstadt um den Gruppensieg. Die Entscheidung fiel im 9-Meter-Schießen. Bei Büblingshausen trafen Youngster Luka Pulz und Pascal Zahn und der abermals gut aufgelegte Christian Hartmann im Büblingshäuser Tor konnte 3 Schüsse parieren.

So zog der RSV als Gruppensieger in das Halbfinale gegen Offenbach ein. Hier stellt Büblingshausen die gewohnt starke Deckung. Nur ein einzelner abgefälschter Schuss fand den Weg ins RSV Tor.

Selbst erarbeiteten sich die Büblingshäuser drei Chancen gegen den großen Favoriten, erzielten aber kein Tor. So reichte es nur für das kleine Finale.

Im Finale konnte sich Offenbach deutlich mit 4:0 gegen Groß-Gerau durchsetzen und den Hessenpokal feiern. Im kleinen Finale mobilisierte der RSV nochmal alle Energien. Marco Lückoff schlug eine Ecke mit so viel Schnitt, dass er mit Hilfe eines Gegenspielers unhaltbar im Tor landete. Darmstadt warf nochmal alles nach vorne, doch Burim Krasniqi entschied bei einem Konter die Partie mit seinem 2:0! „Ein super Ergebnis mit nur einem Gegentor während des gesamten Turniers. Ich bin sehr stolz auf meine Mannschaft“, so Marcel Hanisch, der Cheftrainer des RSV.

Ein langer sonniger Turniertag ging in Büblingshausen zu Ende und viele schauen schon mit einem Auge auf die Deutschen Meisterschaften in Juni in Wetzlar.



Ulrich Bähringer von Auto Diehl



Karsten Dähnrich und Nia Künzer freuen sich schon auf die Deutsche Meisterschaft



Großer Rückhalt des RSV: Keeper Christian Hartmann

11.-14. Juni Deutsche Meisterschaft der ID-Fußballer in Wetzlar

Fußball-ID-Botschafterin Nia Künzer begleitet die Veranstaltung

Das Turnier der Kicker mit intellektueller Beeinträchtigung beginnt am Montag, 11. Juni, um 18:30 Uhr mit der Eröffnungsveranstaltung und der Auslosung der Teams auf der Freilichtbühne Rosengärtchen.

Ab dem 12. Juni bis zum letzten Tag, dem 14. Juni, stehen sich dann die Teams aus Hessen, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und dem Saarland auf den Plätzen im Stadion sowie dem Rasen- und dem Kunstrasenplatz Büblingshausen gegenüber.

„Wir sind gerne Gastgeber dieser Veranstaltung und es ist ein schönes Zeichen, dass die Fußballer zum zweiten Mal nach 2013 in unsere Stadt zurückkehren. Wir hoffen, dass die Resonanz ähnlich groß oder sogar größer ist als damals“, sagte Oberbürgermeister und Schirmherr Manfred Wagner (SPD). Fußball-ID-Botschafterin Nia Künzer unterstrich: „Dass die Deutsche Meisterschaft in meiner Heimatstadt ausgetragen wird, macht die Sache für mich noch



Die Hessenauswahl in ihrer Heimspielstätte, dem Wetzlarer Stadion

einmal besonders.“ ID-Botschafter Dragoslav Stepanovic lobte die Organisatoren: „Sie sind alle mit so viel Herz bei der Sache.“

Anerkennende Worte für den Austragungsort fand abschließend der Präsident des Hessischen Be-

hinderten- und Rehabilitations-sport, Heinz Wagner: „Dass der Behindertensport in Wetzlar so mitten in der Gesellschaft angekommen ist, ist keine Selbstverständlichkeit. Umso mehr freuen wir uns, wieder hier sein zu dürfen.“

Wetzlarer Tom Schmidt holt Gold bei Junioren-WM

19-jähriger Nauborner holt im Ju-Jutsu-Teamwettbewerb die Goldmedaille

Oberbürgermeister Manfred Wagner ehrte Tom Schmidt vom Judo Club Wetzlar für seinen sportlichen Erfolg bei den Junioren-Weltmeisterschaften im Ju-Jutsu, Disziplin Newaza.

An der Seite seines Heimtrainers Mike Hartmann, der zugleich auch als Bundestrainer fungiert, holte der 19-jährige Nauborner im Teamwettbewerb die Goldmedaille. Auch an dieser Stelle nochmals herzlichen Glückwunsch!



Trainer Mike Hartmann (links) und sein Schützling Tom Schmidt freuen sich sichtlich über die gewonnene Goldmedaille

AIDAdiva

Karibik & Mittelamerika I
26.01. - 10.02.2019

- ✓ **Kostenloser Transfer ab/bis Flughafen**
- ✓ Hin- und Rückflug ab/bis Frankfurt a. M.
- ✓ Flughafensicherheitsgebühren, Luftverkehrssteuer
- ✓ Ein- und Ausschiffungsgebühren, alle Hafentaxen
- ✓ Schiffsreise in der gewählten Kabinenkategorie
- ✓ **Kulinarisches Verwöhnprogramm** in den Buffet-Restaurants (inkl. ausgewählter Getränke) und Spezialitäten-Restaurants
- ✓ **Entspannung** in der Saunalandschaft mit Meerblick
- ✓ **Fitnessstudio** und Sportaußendeck, über 30 Kurse pro Woche
- ✓ **Entertainment** der Spitzenklasse, exklusiv von AIDA produziert
- ✓ **Kids & Teens Angebote** in riesiger Vielfalt, liebevolle Betreuung
- ✓ Premiumservice und -qualität
- ✓ **Bordsprache Deutsch**
- ✓ Trinkgelder



2-Bett-Innenkabine IB
ab € **2.385,-** p.P.*



* AIDA-Premiumpreise inkl. € 300,- Frühbucher-Plus-Ermäßigung (limitiertes Kontingent) bei Buchung bis max. 31.05.18, für die 1. und 2. vollzählende Person, bei 2er-Belegung, limitiertes Kontingent. Auszug aus dem aktuellen AIDA Katalog „März 2019 bis April 2020“, dessen Allgemeine Reisebedingungen, Hinweise und Informationen gelten. Änderungen vorbehalten!

AIDAnova

Von Gran Canaria nach Mallorca 4
13.04. - 20.04.2019

- ✓ **Kostenloser Transfer ab/bis Flughafen**
- ✓ Hin- und Rückflug ab/bis Frankfurt a. M.
- ✓ Flughafensicherheitsgebühren, Luftverkehrssteuer
- ✓ Ein- und Ausschiffungsgebühren, alle Hafentaxen
- ✓ Schiffsreise in der gewählten Kabinenkategorie
- ✓ **Kulinarisches Verwöhnprogramm** in den Buffet-Restaurants (inkl. ausgewählter Getränke), Spezialitäten-Restaurants und der Snack-Bar
- ✓ **Schönwettergarantie** unter dem Foliendom im Beach Club, Activity-Deck mit drei Wasserrutschen über drei Decks, Klettergarten, LED-Videowand und Entspannungsbereichen
- ✓ **Fitnessstudio** mit Outdoor-Bereich, Sportaußendeck, über 30 Kurse pro Woche
- ✓ **Entertainment** der Spitzenklasse, exklusiv von AIDA produziert
- ✓ **Kids & Teens Angebote** in riesiger Vielfalt, liebevolle Betreuung
- ✓ Premiumservice und -qualität
- ✓ **Bordsprache Deutsch**
- ✓ Trinkgelder



2-Bett-Innenkabine IB
ab € **1.520,-** p.P.*



* AIDA-Premiumpreise inkl. € 150,- Frühbucher-Plus-Ermäßigung (limitiertes Kontingent) bei Buchung bis max. 30.11.18, für die 1. und 2. vollzählende Person, bei einer 2er-Belegung, limitiertes Kontingent. Auszug aus dem aktuellen AIDA Katalog „März 2019 bis April 2020“, dessen Allgemeine Reisebedingungen, Hinweise und Informationen gelten. Änderungen vorbehalten!

Unser neuer **Kreuzfahrten Katalog 2018 - 2020** ist da!



Jetzt kostenlos bestellen!

Freuen Sie sich auf Highlights wie:

MS Artania:	Ostern im sonnigen Mittelmeer	17.04. - 28.04.19
MS Deutschland:	Heimatliebe & Südkandinavien	08.06. - 16.06.19
MS Albatros:	Minicruise mit Partyflair	31.07. - 04.08.19
MS Albatros:	Südafrika, Sansibar und Seychellen	21.10. - 08.11.19
TUI Mein Schiff 1:	Norwegen mit Bergen II	27.08. - 04.09.19
TUI Mein Schiff 6:	Griechenland ab Malta	22.09. - 29.09.19
TUI Mein Schiff 5:	Kreta bis Dubai I	04.10. - 20.10.19

und vieles mehr...



Beratung & Buchung:

Reisebüro Gimmler GmbH
35576 Wetzlar · Langgasse 45-49
& Bannstraße 1 (gegenüber Forum)
oder in den bekannten Agenturen

Hotline 06441 / 90100
info@gimmler-reisen.de
www.gimmler-reisen.de
Telefax 06441 / 9010111

Zukunft jetzt machen – Endlich nicht mehr auf Kosten der Kommunen

Kernziele der SPD Hessen: Gebührenfreie Bildung von Anfang an, bedarfsgerechte, saubere Mobilität und bezahlbarer Wohnraum

Die Kampagne der SPD zur diesjährigen Landtagswahl steht unter der Leitlinie „Zukunft jetzt machen“.

Als Zukunftsthemen für Hessen stehen gebührenfreie Bildung von Anfang an, bedarfsgerechte und saubere Mobilität und bezahlbarer Wohnraum in der Stadt und auf dem Land als Kernziele im Programm der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

In den letzten 19 Jahren hat sich unter der CDU-geführten Regierung in diesen Bereichen in Hessen nicht allzu viel getan. Dabei handelt es sich um Aufgaben, die in den Kernkompetenzen der Bundesländer liegen. Viel Unruhe in der Bildungspolitik gab es zwar: Es sei an dieser Stelle an die Versuche mit G8/G9 erinnert, die Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrkräfte und Schulleitungen vor die Herausforderung stellten, das Abitur in 12 oder 13 Schuljahren zu organisieren.

Doch eine wirkliche Verbesserung für die Schülerinnen und Schüler, ein leichter Zugang zu Bildung, mehr Unterstützung für die Lehrkräfte gab es eben nicht. Kurz vor knapp und getrieben von einem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, hat die Hessische Landesregierung nun beschlossen, sich dem Druck zu beugen und erste Schritte zur gebührenfreien Kita zu unternehmen. Kitas sollen teilweise gebührenfrei werden. „Schön“ könnte man da denken, bis man das



Alleinerziehende Mütter brauchen unsere Unterstützung

Kleingedruckte liest. Nur die Eltern von Kindern im Alter von drei bis sechs Jahre sollen entlastet werden und dies auch nur für sechs Stunden am Vormittag.

Das Gesetz sieht nicht vor, die Kommunen zu entlasten. Stattdessen wird ein durchschnittlicher Pauschalbetrag erstattet, den Eltern in Hessen für die Betreuung ihrer Kinder für sechs Stunden am Vormittag zahlen.

Das Gesetz stellt die Kommunen außerdem vor organisatorische

Herausforderungen: die Vorlage erfolgte im Mai, die Umsetzung muss bis August, also bis zum neuen Kindergartenjahr, erfolgt sein.

Der Gesetzentwurf der SPD zeigt, dass es anders ginge. Durch die Übernahme der Personalkosten für die Erzieherinnen und Erzieher werden eben nicht nur Eltern, sondern auch Kommunen finanziell entlastet. Diese Entlastung schafft Spielraum für die Kommunen. Von Verbänden und Elternvereinen begrüßt, wurde der An-

trag der SPD im Hessischen Landtag durch die Regierungsmehrheit dennoch abgelehnt.

Ähnlich verhält es sich übrigens mit dem Gesetzesentwurf zur Abschaffung der Straßenbeiträge. Auch dieser Vorschlag der Landesregierung kommt kurz vor Ende der Legislaturperiode aufgrund des großen gesellschaftlichen Drucks. Auch dieser Gesetzentwurf gibt vor, die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten, geht aber klar auf Kosten der Kommunen, die die Straßensanierung dennoch finanzieren müssen. Der Vorschlag der SPD sieht nicht nur vor, die Pflicht für die Kommunen aus dem Kommunalen Abgabegesetz zu streichen, sondern auch einen Investitionstopf für die hessischen Kommunen zur Verfügung zu stellen. Damit sind die Kommunen nicht nur nicht weiter in der Pflicht, Gebühren zu erheben, sie haben auch die Möglichkeit Straßensanierungen anderweitig zu finanzieren – ohne andere Projekte aus dem Haushalt streichen zu müssen, ohne die Steuern vor Ort erhöhen zu müssen. Mit der Regierungsmehrheit im Hessischen Landtag wurde beschlossen, den Antrag der SPD-Fraktion zur Abschaffung der Straßenbeiträge nicht einmal zu behandeln.

In Zeiten, in denen Bund und Land über gut gefüllte Kassen verfügen, sollte auch Geld für die Kommunen da sein. Hier leben die Menschen, hier erfahren sie die Auswirkungen von Politik in



Cirsten Kunz aus Aßlar ist die SPD-Direktkandidatin des Lahn-Dill-Südkreises für die Landtagswahl im Herbst. Die 36-Jährige Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Aßlar sieht ihre zukünftigen Aufgaben vor allem in den Bereichen Bildung und Inklusion.

ihrem täglichen Leben. Kommunen brauchen Handlungsspielraum, um auf die Besonderheiten vor Ort reagieren zu können.

Sie müssen mehr sein als ein Ausführungsorgan von Landesgesetzen. Dafür braucht es Finanzmittel, die in wirtschaftlich guten Zeiten vorhanden sind.

Weder der Gesetzentwurf zur gebührenfreien Bildung noch der Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenbeiträge der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag tasten die schwarze Null an.

Die Mittel sind da.

Depesche der FDP – vier Seiten voller Fehlinformationen

Vier Seiten umfasst die „Depesche“, eine Postille der FDP Stadtverordnetenfraktion.

Vier Seiten, die einen hohen Anteil an Falschmeldungen, unseriösen und tendenziösen Aussagen beinhalten.

Alle aufführen zu wollen, wäre zu viel der Ehre für das liberale Machwerk, doch lesen Sie einige Beispiele, die von der Wetzlarer FDP wider besseren Wissens verbreitet werden.

Machen Sie sich selbst ein Bild.

Freibad

FDP: Es wird behauptet, in der Bürgerinitiative zusammengeschlossene Schwimmer würden von dem Magistrat bei den Planungen für das Freibad außen vor gelassen.

Fakt:

Die BI war sowohl in die Erstellung des Bürgergutachtens eingebunden als auch mit ihren Mitgliedern an dem darauf aufbauenden weiteren Planungsprozess beteiligt. Die hierbei erzielten Ergebnisse sind Grundlage für die Beauftragung von Fachplanern.

Personalaufwendungen

FDP: Die Personalaufwendungen sind seit 2010 um 33 % gestiegen. Das ist deutlich mehr als die Lohnsteigerung. Daraus folgert die FDP, die „Stadtregierung“ würde lieber Wetzlarer Bürger zahlen lassen, als an sich zu sparen.

Fakt:

Für den Ausbau der Kindertages-

betreuung, insbesondere Rechtsanspruch U3, mit der Kita „Spi(e)lburg“ als neue und zusätzliche Einrichtung, der Umsetzung des Zieles der Inklusion in den Kitas sowie Rechtsänderungen im Bereich des Unterhaltsvorschlusses und der Beistandsschaften mussten in den vergangenen Jahren im Aufgabenfeld Jugendamt 33,5 Stellen neu geschaffen werden. Netto sind es 29 Stellen, weil in anderen Bereichen annähernd 4,5 Stellen abgebaut wurden.

Natur- und Landschaftspflege

FDP: Der Landesrechnungshof habe bescheinigt, unter allen Sonderstatusstädten verzeichne Wetzlar die höchsten Kosten für die Natur- und Landschaftspflege. Daraus zieht Dr. Büger, obwohl er es spätestens nach den Haushaltsberatungen besser wissen müsste, den Schluss, im Umweltamt würde nicht auf das Geld gesehen sondern in „Rot-Grüne Lieblingsprojekte“ investiert.

Fakt:

Aus Gründen seiner Systematik hat der Hessische Rechnungshof bei seiner Betrachtung auch die Grünflächenpflege in der Stadt Wetzlar (Parks, Anlagen, Pflanzbeete etc.) unter die Headline „Natur- und

Landschaftspflege“ gepackt. Die Kosten haben etwas mit Flächengrößen und mit Pflegestandards zu tun und nichts mit Rot-Grünen Lieblingsprojekten. Es sei denn, die FDP versperrt sich auch solch wichtigen Projekten, wie beispielsweise der geförderten Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Mit Anpassungen an unseren größeren Fließgewässern wird der Hochwasserschutz verbessert. Wenn sie dies nicht will, dann soll die FDP dies doch laut und deutlich erklären!

Schuldenstand auf Rekordniveau

FDP: Der Schuldenstand ist seit 2010 um 60% gestiegen. Die Kassenkredite sind in dieser Zeit um mehr als 160% angestiegen. Mit Blick auf die Verantwortung der aktuellen Rathauskoalition kommt Dr. Büger zu der Bewertung, die Bilanz sei verheerend!

Fakt:

Die Investitionskredite der Stadt sind von 90,5 Millionen Euro zum Ende des Jahres 2010 bzw. 105,6 Millionen Euro zum Ende des Jahres 2011 (für dieses Jahr trug der Haushalt noch die Handschrift von CDU, FW und FDP) auf 138,4 Millionen Euro angestiegen. Diese Entwicklung bildet insbe-

sondere die herausgehobene Investitionstätigkeit zum Hestentag (Brücken, Radwege, Busbahnhof und Bahnhof), aber auch den Ausbau der Kindertagesbetreuung zur Erfüllung des Rechtsanspruches ab. Folglich stehen der „Verschuldung“ enorme Werte gegenüber. Was daran verheerend ist, ist das Geheimnis des Liberalen.

Was die Entwicklung des Kassenkreditbestandes anbelangt, so lag er beim Ausscheiden des Kämmers und OB Wolfram Dette (FDP) zum Ende des Jahres 2015 bei 58,45 Millionen Euro. Dem Höchststand in dem von der FDP gewählten Betrachtungszeitraum. Zum Ende des Jahre 2017 hatte die aktuelle Rathauskoalition ihn auf 36 Millionen Euro zurückgeführt.

Verheerend?



Der Ausbau des Busbahnhofs – nach Ansicht der FDP verheerend?

Foto: Heiner Jung

Nutzung kommunaler Einrichtungen durch verfassungsfeindliche Parteien und Organisationen

Initiativantrag aus dem Lahn-Dill-Kreis in der Landeskonzferenz der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik

Zur Freude der Fraktionsvorsitzenden des Wetzlarer Stadtparlaments Sandra Ihne-Köneke wurde der Initiativantrag unter der Federführung von David Rauber in der Landeskonzferenz der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) am 21.04.2018 angenommen.



Demonstranten in Wetzlar gegen die NPD in der Stadthalle

Beschluss laut LDK vom 21.4.2018 · Initiativantrag zur SGK-Landeskonferenz am 21. April 2018

Die Landeskonzferenz möge folgenden Initiativantrag beschließen:

1. Die SGK Hessen fordert Bundes- und Landesgesetzgeber auf, die erforderlichen gesetzgeberischen und aufsichtsbehördlichen Maßnahmen zu treffen, damit erwiesenermaßen verfassungsfeindliche Parteien und ihre Umfeldorganisationen von den Trägern kommunaler Selbstverwaltung wenigstens nicht besser behandelt werden müssen als jeder andere Dritte.

2. Die SGK Hessen fordert die SPD auf, nachdrücklich allen Einschränkungen kommunaler Selbstverwaltung und Selbstverantwortung bei der Verwaltung öffentlicher Einrichtungen entgegenzutreten.

3. Soweit kommunale Einrichtungsträger durch gerichtliche Entscheidung gezwungen sind, öffentliche Einrichtungen an verfas-

sungsfeindliche Organisationen zu überlassen, ist das Land in der Pflicht, einen solidarischen Ausgleich bezüglich bei solchen Veranstaltungen entstehenden Schäden zu Gunsten der betroffenen Kommunen sicher zu stellen.

4. Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten zu klären, inwieweit kommunale Bedienstete und Mitarbeiter an Anweisungen im Zusam-

menhang mit der Ermöglichung von NPD-Veranstaltungen gebunden sind; die Partei verfolgt nach Feststellung des Bundesverfassungsgerichts Ziele, die der Menschenwürde entgegenstehen. Nach allgemeinen Bestimmungen (§ 36 des Beamtenstatusgesetzes) müssten Weisungen, die die Menschenwürde verletzen, nicht befolgt werden.

Begründung:

Die Eltern des Grundgesetzes von Adenauer bis Zinn haben eine wehrhafte demokratische Ordnung geschaffen. Diese erfreut sich breiter Unterstützung in Gesellschaft und Politik, wie sich immer wieder zeigt. Auch die im Hessischen Landtag vertretenen Fraktionen und die Landesregierung hatten erfreulich klar Stellung gegen die Durchführung eines

Rechtsrockkonzerts in Wetzlar bezogen.

Auf Grundlage der Bestimmungen des Grundgesetzes konnten verfassungsfeindliche Parteien wie die SRP und die KPD vom Bundesverfassungsgericht verboten werden. Bedauerlicherweise hat das Gericht im Jahr 2017 seine bis dahin konsequente Rechtsprechung geändert und die Feststellung,

dass die NPD verfassungswidrig ist, nicht für ein Verbot ausreichen lassen. Die Folgen sind schwerwiegend; die Allgemeinheit muss ihre Leistungen damit auch denen zur Verfügung stellen, die Staat und Gesellschaft in ihrer bestehenden Verfassung ablehnen.

Umso mehr muss wenigstens gelten: Kein Rabatt für Verfassungsfeinde, gleiches Recht für Alle! Das

verlangen auch Gemeinde- und Landkreisordnung ausdrücklich, wonach der Anspruch auf Benutzung öffentlicher Einrichtungen nur „im Rahmen der bestehenden Vorschriften“ besteht (§§ 17 Abs. 1 HKO, 20 Abs. 1 HGO). Das Bundesverfassungsgericht hat diesbezüglich eine Öffentlichkeitsarbeit entfaltet, die zumindest sehr problematische Folgen hat.

Landratswahl 2018 – die Irmer CDU versagt auf ganzer Linie

Die Verweigerungshaltung der Kreis-CDU, keinen Kandidaten zur Landratswahl zu stellen, fördert die Wahlverdrossenheit

Glaubt man den Selbstdarstellungen der CDU Lahn-Dill, dann ist der von Hans-Jürgen Irmer geführte Kreisverband einer der erfolgreichsten der Union weit und breit. Wachsende Mitgliederzahlen, engagierte Parteigänger, hoffnungsvolle Talente – einfach all das, was einer Partei Freude bereitet.

Wenn dem so ist, wie kann es dann zum Versagen der heimischen CDU bei der Landratswahl 2018 kommen?

In der Wetzlarer Neuen Zeitung war dazu vor einigen Monaten zu lesen, dass man sich in der von Irmer geführten Kreistagsfraktion einig gewesen sei, es mache keinen Sinn, einen jungen Kandidaten ins Rennen zu schicken und gegen den „haushohen Favoriten“ Wolf-

gang Schuster (SPD) zu verheizen. In sechs Jahren, wenn Schuster nicht mehr antrete, sehe die Sache ganz anders aus.

Eine beachtliche Argumentation, die von den heimischen Christdemokraten eingenommen wird. Demokratie und gerade die Wahlen als eines ihrer wesentlichen Elemente, leben von den Alternativen. Und dies zu gewährleisten, das ist eine der vornehmsten Aufgaben der Volksparteien.

Dies hat in Wetzlar beispielsweise die SPD zweimal mit Manfred Wagner deutlich gemacht. Wagner ging 2003 und 2009 für seine Farben ins Rennen, wissend, dass der damalige Oberbürgermeister Wolfgang Dettmer (FDP) haushoher Favorit war. Aber Wagner hat der Demokratie einen Dienst erwiesen

und eine Wahl erst ermöglicht. Die Wetzlarer SPD hat nicht gekniffen, anders als die Kreis-CDU, so denn ihre Aussage gegenüber der Wetzlarer Neuen Zeitung gehaltvoll und zutreffend ist.

Wie es auch sei, Kanzlerin Angela Merkel hat ihrer Partei eine harte Auseinandersetzung mit den Rechtspopulisten von der AfD zugesagt.

„Ich stehe dazu, dass rechts von der Union keine Partei sein sollte“, sagte die CDU-Chefin beim „Deutschlandtag“ der Jungen Union in Dresden im Herbst 2017. Damit griff sie eine Formulierung von Franz-Josef Strauß auf.

Doch ganz anders vor Ort. Der zunehmend bajuwarisch gekleidet daher kommende Irmer bestärkt mit der Verweigerungshaltung sei-

nes Kreisverbandes die Rechtspopulisten der AfD.

Wolfgang Schuster wird getragen von seiner SPD und seine Koalitionspartner im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises (Bündnis 90/Die Grünen, Freie Wähler und FDP) haben angesichts der gemeinsamen Arbeit auf eigene Kandidaten verzichtet. Da die CDU als stärkste Oppositionskraft im Landkreis keinen Bewerber entsendet, hatte die Wählerschaft noch die Wahl zwischen den Kandidaten Mulch von der AfD und Harapat von der Sati-repartei „Die Partei“.

Nun muss man trotz der hervorragenden Bilanz und bei aller Popularität von Wolfgang Schuster nicht unbedingt erwarten, dass Christdemokraten den Sozialdemokraten in großen Scharen ge-

wählt haben. Im Zweifel blieben sie zu Hause, gingen ins Wahllokal und enthielten sich, oder wählten wohl einen der Mitbewerber Schusters. Dies wiederum – und auch dafür muss man kein Prophet sein – wird dann wohl am ehesten der AfD-Mann gewesen sein.

Und mit einer auf diese Weise nochmals nach unten gedrückten Wahlbeteiligung oder gar der einen oder anderen christdemokratischen Stimme hat die Irmer-CDU letztendlich genau das Gegenteil von dem getan, was die Parteivorsitzende Merkel im Herbst 2017 noch als Parole ausgab.

Unterm Strich steht nichts anderes als das Versagen der CDU Lahn-Dill!

Wir geben Generationen ein Zuhause!

Über 7000 Bürgerinnen und Bürger fühlen sich schon Zuhause mit uns. Egal ob Miet- oder Eigentumswohnung: Wir sind seit Generationen Ihr kompetenter Partner für Wetzlar und Umgebung. Mehr Informationen zu uns und unseren Angeboten unter Telefon: **06441 / 90120** oder per Internet: **www.wwg-wetzlar.de**



Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH



Heiner Jung, Anzeigenredaktion

Liebe Leserin, lieber Leser, die nächste Ausgabe der Wetzlarer Nachrichten erscheint

Freitag, 7. September 2018

Anzeigen nehmen wir gerne auf bis Mittwoch, 29. August 2018. Anfragen richten Sie bitte an:

post@heiner-medien-service.de
Telefon 06441-72500

Datenschutz ist Schutz der Demokratie

Nun steht fest: Die Sicherheit der Daten ist ganz und gar nicht garantiert.

Hier ein Like, da ein Share: Die Nutzung sozialer Netzwerke gehört heute für viele Menschen zum Alltag, ist teilweise sogar eine Voraussetzung, um beruflich und privat auf dem Laufenden und vernetzt zu bleiben.

Dabei verlassen sich die meisten Nutzer darauf, dass ihre personenbezogenen Daten und Informationen sicher sind. Nun steht fest: Die Sicherheit der Daten ist ganz und gar nicht garantiert.

Anfang 2018 machte der Whistleblower Christopher Wylie bekannt, dass Nutzer einer bestimmten Facebook-App und ihre Facebook-Freunde Opfer eines groß angelegten Datenmissbrauchs geworden sind. Insgesamt wird die Zahl der Betroffenen mit bis zu 87 Millionen angegeben, alleine in Deutschland sollen es über 300.000 Menschen sein. Ihre Daten sollen zur Erstellung von Persönlichkeitsprofilen missbraucht worden sein. Besonders besorgniserregend: Diese Profile sollen genutzt worden sein, um den US-Wahlkampf sowie das Brexit-Referendum zu manipulieren. Das heißt: Der Datenmissbrauch hat möglicherweise gravierende Auswirkungen auf demokratische Prozesse.

Auch auf Druck unserer Fraktion im Europaparlament war nun Mark Zuckerberg, Gründer und Vorstandsvorsitzender von Face-



Datenmissbrauch hat möglicherweise gravierende Auswirkungen

book Inc. geladen, um uns Parlamentariern Rede und Antwort zum größten Datenskanal der jüngeren Geschichte zu stehen. Wir brauchen eine gründliche und transparente Untersuchung des Facebook und Cambridge Analytica Skandals.

Der Besuch Zuckerbergs im Europaparlament war allerdings bestenfalls ein Auftakt hierzu. Das Format des Treffens war eine Farce, da kein echter Austausch zwischen Zuckerberg und den Parlamentariern möglich war. Wir brauchen eine echte Aussprache mit Zuckerberg und seinem Management vor den beteiligten Ausschüssen des Europäischen Parlaments, damit die Expertinnen und Experten der Fachausschüsse die

offen gebliebenen Fragen erörtern können.

Die SPD-Fraktion hat sich von Anfang an hierfür stark gemacht. Leider hat eine Mitte-Rechts-Mehrheit für das Format gestimmt, das wir schließlich gesehen haben. Zuckerberg hat viele der Fragen nicht beantwortet und die wenigen Antworten, die wir gehört haben, waren enttäuschend. Auch die schriftlich nachgelieferten Statements waren nicht zufriedenstellend.

Es ist unglaublich, dass ausgerechnet Facebook offensichtlich nicht dazu bereit ist, transparent mit diesem Thema umzugehen. Wie kann Zuckerberg für sich beanspruchen, Menschen zu verbinden, und sich dann derart zu-

geknöpft geben, wenn es um das eigene Geschäftsgebaren geht? Wie kann er Milliarden und Abermilliarden von Euros mit den Informationen seiner Nutzer verdienen und sich dann weigern, seine Nutzer zu informieren? Diese Doppelmoral werden wir nicht hinnehmen. Deshalb pochen wir auf eine geregelte parlamentarische Befragung.

Facebook und andere soziale Netzwerke haben großen Einfluss auf die Meinungsbildung. Um unsere Demokratien zu schützen, müssen wir sicherstellen, dass sie diese Machtposition nicht ausnutzen.

Grundsätzlich gilt es, dem aggressiven Datenkapitalismus von Facebook und Co. in der EU robuste Regeln zum Schutz der Nutzer gegenüberzustellen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europaparlament fordern deshalb eine konsequente Nutzung der EU-Datenschutz-Verordnung, die seit dem 25. Mai 2018 Anwendung findet. Die Verordnung, die die Sozialdemokraten 2016 gegen teils erheblichen Widerstand der CDU/CSU durchgeboxt hatten, erlaubt es Datenschutzaufsichtsbehörden, Strafen von bis zu vier Prozent des jährlichen Umsatzes gegen Firmen zu verhängen, die Datenschutzregeln missachten.

Darüber hinaus setzen wir uns



Udo Bullmann ist Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten. Der Finanzmarkt- und Wirtschaftsexperte gehört seit 1999 dem Europäischen Parlament an.

für Verabschiedung der ePrivacy-Verordnung ein. Die neuen Regeln werden Internetnutzerinnen und -nutzern ermöglichen, ihre Privatsphäre besser zu kontrollieren und ihnen damit ein Stück Macht zurückzugeben, die ihnen Unternehmen wie Facebook genommen haben. Jetzt ist es an den Mitgliedstaaten, mit uns zusammenarbeiten, um dieses Ziel zu erreichen. Sie müssen sich entscheiden, was ihnen wichtiger ist: Die Grundrechte der Internetnutzerinnen und -nutzer und der Schutz ihrer Daten oder die Interessen großer Unternehmen? Wir stehen fest an der Seite der Demokratie.

Straßenerneuerungskosten gerecht verteilen

SPD-Landtagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenbeiträge in den Landtag eingebracht

Bislang sind die hessischen Kommunen dazu verpflichtet, Straßenausbaubeiträge von ihren Bürgerinnen und Bürgern zu erheben, wenn kommunale Straßen erneuert werden müssen.

Derzeit kann die Grundsanierung einer kommunalen Straße schnell durch Straßenbeiträge von mehreren tausend Euro und in Einzelfällen auch über zehntausend Euro zu einem richtigen Problem für die Menschen werden, die entlang dieser Straße ein Grundstück besitzen, aber auch für die Mieter, die in Häusern auf diesen Grundstücken wohnen.



Dieses Problem hat die SPD Lahn-Dill auf Initiative der SPD-Bundestagsabgeordneten Dagmar Schmidt und des SPD-Landtagsabgeordneten Stephan Grüger vor zwei Jahren dazu veranlasst, die Abschaffung dieser Straßenausbaubeiträge und ihre Ersetzung durch Landesmittel zu fordern. Der entsprechende Beschluss wurde auf einem Kreisparteitag einstimmig gefasst und als Antrag zum SPD-Landesparteitag gestellt. So fand die Forderung der SPD Lahn-Dill Eingang in das Landtagswahlprogramm der hessischen SPD.

Nun hat die SPD-Fraktion im hessischen Landtag einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Ab-

schaffung dieser Bürgerbeiträge zum Ziel hat.

Der Gesetzentwurf der SPD unterscheidet sich deutlich von dem, was die schwarzgrüne Landesregierung derzeit bei den Straßenausbaubeiträgen plant. Die Regierungskoalition steht in der aktuellen Diskussion unter Druck und versucht gemeinsam mit der FDP-Fraktion den Bürgerinnen und Bürgern mit einer Scheinlösung Sand in die Augen zu streuen: CDU, Grüne und FDP wollen aus der Verpflichtung, die Anlieger für Straßensanierungen zur Kasse zu bitten, eine Option für die Kommunen machen.

Dies wird aber zwangsläufig dazu führen, dass die wohlhaben-

den Städte und Gemeinden auf die finanzielle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger verzichten, während viele ärmere bzw. verschuldete Kommunen trotzdem Ausbaubeiträge erheben müssen, weil sie sich die erforderlichen Investitionen sonst kaum leisten können. Der schwarzgrüne Plan vergrößert also die Kluft zwischen Stadt und Land, zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen.

Der Gesetzentwurf der SPD hingegen sieht die vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vor und nimmt bei der Finanzierung das Land stärker in die Pflicht. Nach dem Gesetzentwurf der SPD sollen die Städte und Gemeinden zum Ausgleich pauschalierte Sonderzuweisungen aus originären Landesmitteln bekommen.

Diese Zuweisungen sollen deutlich über den 39 Millionen Euro jährlich liegen, die den hessischen Gemeinden derzeit aus Straßenausbaubeiträgen zufließen. Die entsprechenden Mittel sollen je zur Hälfte nach Einwohnerzahl und Größe des Gemeindegebiets verteilt werden.

Die SPD-Fraktion hat in ihrem Gesetzentwurf besonders darauf geachtet, dass die Mittelverteilung sowohl den Kommunen im ländlichen Raum als auch denen in den Ballungsgebieten gerecht wird.

Mit der Pauschalierung der Zuweisungen an die Kommunen könne auch der hohe bürokratische



Der Landtagsabgeordnete Stephan Grüger aus dem Lahn-Dill-Kreis ist Mitglied des Wirtschaftsausschusses und des Europaausschusses des Hessischen Landtages und Industrie- und Außenhandelspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Aufwand für die bisher erforderliche Abrechnung der Straßenausbaubeiträge vermieden werden.

Sollte die schwarzgrüne Landesregierung den Gesetzentwurf der SPD ablehnen – womit leider zu rechnen ist – können die Wählerinnen und Wähler bei der Landtagswahl am 28. Oktober darüber entscheiden.

Wer die vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge will, muss SPD wählen.

Ihre Fahrradwelt
auf der Bachweide

über **500 Bikes**
in unserer Ausstellung

ZWEIRAD Sarges
Bachweide · Wetzlar seit 1949

Hessenstraße 1 · Wetzlar · Tel.: 06441-94570
www.zweirad-sarges.de

Julian Stroh neuer Vorsitzender der JUSO AG

Konsequenter Kampf gegen Rechts weiterführen

In ihrer Jahreshauptversammlung haben die Jusos des südlichen Lahn-Dill-Kreises Julian Stroh aus Schöffengrund einstimmig zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt.

Auf der vor kurzem stattgefundenen Jahreshauptversammlung des lokalen SPD Nachwuchses zogen die Mitglieder Bilanz. Trotz des enttäuschenden Bundestagswahlergebnisses sei es ein erfolgreiches Jahr gewesen, so der scheidende Vorsitzende Tim Brückmann.

Neben dem Wahlkampf habe man u.a. an der traditionellen Kundgebung zum 1. Mai (Tag der Arbeit) und dem „Christopher Street Day“ (CSD) im Sommer in Wetzlar teilgenommen. Auch eine Kanutour auf der Lahn und die Teilnahme mit mehreren Teams beim jährlichen Brückenlauf sei gut angekommen. Im November fand dann bereits zum siebten Mal das unter Federführung von Annabelle Jung organisierte Benefizkonzert „Benefetz“ im Kulturzentrum Franzis statt.

Bei den Vorstandswahlen kandidierte der bisherige Vorsitzende und zuvor langjährige Kassierer Tim Brückmann nicht mehr, auch Merlin Bähr, Felix Reinhardt und Kim Pentarakis traten nicht mehr an. Im Namen der gesamten lokalen Jusos dankte der neue Vorsitzende Julian Stroh aus Schöffengrund ihnen für ihre langjährigen Verdienste.

Des Weiteren im neuen Vorstand: Kassierer Maximilian Brumm (Schöffengrund), stellvertretende Vorsitzende Michelle Breustedt (Hüttenberg), Nicolas Burk (Leun), Alina Dörr (Solms), Denise Harren (Solms), Annabelle Jung (Aßlar),



V.l.n.r.: Landtagskandidatin Cirsten Kunz zusammen mit dem neuen Vorstand bestehend aus Alina Dörr, Denise Harren, Simon Volkmann, Tobias Weißmann, AG Vorsitzender Julian Stroh, Michelle Breustedt, Maximilian Brumm und Annabelle Jung. Es fehlen Alice Volpe und Nicholas Burk.

Simon Volkmann (Schöffengrund), Alice Volpe (Wetzlar) und Tobias Weißmann (Leun).

Kampf gegen Rechts

Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten betonten ihren konsequenten Kampf gegen Rechts und kündigten an, dass es das Ziel sei zu verhindern, dass Wetzlar und die gesamte Region eine westdeutsche Hochburg für Neo-Nazis wird.

Dem Wetzlarer Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD), der wegen der Stadthalle, die die Stadt am 24. März der rechtsextremen NPD für eine Wahlkampfveranstaltung trotz gerichtlicher Anordnungen nicht zur Verfügung stellte, unter juristischem Druck steht, sprachen die Mitglieder ihre vollste Solidarität aus.

Zum Abschluss stimmte die Landtagskandidatin der heimischen Sozialdemokratinnen und

Sozialdemokraten, Cirsten Kunz, auf die bevorstehenden Wahlen ein. Für hohe Wahlbeteiligungen bei der Landrats- und Landtagswahl dieses Jahr sei es wichtig, kräftig die Werbetrommel für die SPD zu rühren.

Mit Wolfgang Schuster habe man einen hervorragenden Landrat an Lahn und Dill, der für die nächsten Jahre noch viel vor habe, um die erfolgreiche Politik der letzten Jahre fortzuführen. Mit den zentralen Themen Bildung, Mobilität und Wohnen, so Kunz, werde man dann im Oktober die Sozialdemokratie auch im Hessischen Landtag wieder zur stärksten Kraft machen.

Anschließend wurde Denise Harren zur Schriftführerin der AG gewählt. Das Pressesprecher*innenteam besteht aus Alina Dörr, Simon Volkmann, Alice Volpe und Tobias Weißmann.

Auf zum Christopher-Street-Day in Wetzlar

Feier gegen Diskriminierung und Ausgrenzung



Am 23.06.2018 findet unter dem Motto „Facetten der Vielfalt – füreinander statt gegeneinander“ wieder der Christopher Street Day (CSD) in Wetzlar statt.

Bereits zum siebten Mal wird die Stadt an diesem Tag kunterbunt, offen und tolerant sein, wenn wir zusammen gegen die Unterdrückung und Bekämpfung von queeren Lebensweisen ankämpfen. Queer ist ein Adjektiv aus dem Englischen, welches Dinge, Handlungen und Personen, die von der bürgerlichen Norm abweichen, beschreibt.

Die Stände der beteiligten Organisationen – unter anderem die Jusos Lahn-Dill – in der Bahnhofstraße öffnen bereits um 11:00 Uhr, ehe der bunte Demonstrationzug um 12:00 Uhr am Schillerplatz startet. Nach der Ankunft der Demonstration vor den Colorado beginnt um 13:45 Uhr das umfangreiche Bühnenprogramm bestehend aus Politik, Comedy, Diskussionen und Kabarett.

Malte Anders, welcher im letztjährigen Wahlkampf bereits zu Besuch bei den Jusos war, moderiert die Veranstaltung. Musikalisch wird das Straßenfest von der Rockband EMERY BOARD und dem DJ Marless begleitet. Die Schirmherrschaft über die Veranstaltung hat erneut Oberbürgermeister Manfred Wagner inne, der sinnbildlich für ein offenes und tolerantes Wetzlar steht. Unser stellvertretender Vorsitzender Tobias Weißmann wird als Redner vor das fachkundige Publikum treten.

Der CSD ist ein Fest-, Gedenk- und Demonstrationstag von und für LSBTTIQ-Menschen. An diesem Tag wird für die Rechte dieser Gruppen sowie gegen Diskriminierung und Ausgrenzung demonstriert und gefeiert. LGBT*IQ (oft nur LGBT) ist eine Abkürzung für „lesbische, schwule, bisexuelle, transgener, transsexuelle, intersexuelle und queere“ Menschen. Es handelt sich dabei um eine Gemeinschaft mit unterschiedlicher Thematik. Es geht um die sexuelle Orientierung gegenüber dem Partnergeschlecht, um die eigene Geschlechtsidentität und um körperliche Geschlechtsvariationen.

Doch wieso CSD? Entgegen der weitläufigen Meinung ist die Diskriminierung von queeren Menschen durch die „Ehe für Alle“ nicht aus der Welt geschafft. Immer noch müssen sich queere Menschen in ihrer Freizeit, auf der Straße und sogar am Arbeitsplatz mit Anfeindungen und teilweise weitaus schlimmerem auseinandersetzen. In einer offenen und toleranten Gesellschaft ist dafür kein Platz. Es ist kaum zu glauben, dass wir auch im Jahr 2018 immer noch über die Probleme von vor 50 Jahren diskutieren müssen. Ein für uns Jusos unerträglicher Umstand! Liebe ist Liebe und dabei ist es egal, wer wen wie liebt.

Bereits am Vortag tritt Malte Anders mit seinem Kabarettprogramm „Rent A Gay“ in der Kulturstation (Lahnstraße 9, Wetzlar) auf.

Weitere Informationen zur Veranstaltung findet ihr unter www.csdmittelhessen.de

Jahreshauptversammlung des JUSO Unterbezirks

Wetzlarer Arbeitsgemeinschaft stark vertreten

Rund 30 Jungsozialistinnen und Jungsozialisten aus dem Lahn-Dill-Kreis haben Anfang April in Herborn Jahresbilanz gezogen und die jährlichen Vorstandswahlen abgehalten.

Nach Grußworten der beiden Landtagskandidaten Stephan Grüger und Cirsten Kunz sowie dem Bezirksvorsitzenden der südhessischen Jusos ließ der SPD-Nachwuchs das vergangene Jahr Revue passieren.

Hier wurde der Kampf gegen Rechts besonders hervorgehoben. Die Jusos hatten mit Aktionen gegen die Verbreitung von rechtem Gedankengut das Geschäftsjahr begonnen und beendet. Auch das Engagement im Bundestagswahlkampf und der Einsatz in der „NoGroKo“-Kampagne wurde hierbei betont.

Bei den Vorstandswahlen wurde Michelle Breustedt aus Hüttenberg als Vorsitzende einstimmig bestätigt. Sie betonte, dass die Jusos auch weiterhin immer bereit stehen werden, um Flagge gegen Neonazis zu zeigen. Auch die anstehende Landtagswahl thematisierte sie: „Eine starke SPD im Land kann es nur mit starken Jusos geben, wir werden im kommenden Wahlkampf wieder alles geben.“



V.l.n.r.: Patrick Huttel, Julian Stroh, UB-Vorsitzende Michelle Breustedt, Denise Harren, Tobias Weißmann, Jana Deworetzki, Alina Dörr, Anna Kring, Dorian Ullmann, Jan Moritz Böcher, Lea Konrad, Jens Holzbrecher, Sascha Müller, Cirsten Kunz und Stephan Grüger.

Auch der restliche Vorstand wurde neu gewählt. So wird die Kasse weiterhin von Julian Stroh (Schöffengrund) geführt, auch der Schriftführer Patrick Huttel (Sinn) wurde bestätigt. Zudem wurden zehn stellvertretende Vorsitzende gewählt: Jana Deworetzki (Breit-

scheid), Tobias Weißmann (Leun), Lea Konrad (Breitscheid), Denise Harren (Solms), Alina Dörr (Solms), Anna Kring (Schönbach), Dorian Ullmann (Ehringshausen), Jan Moritz Böcher (Lahnau), Jens Holzbrecher (Solms) und Sascha Müller (Ehringshausen).

Michelle Breustedt wurde zudem für den Bezirksvorstand, also der höchsten Ebene der Jusos Hessen-Süd, nominiert.

Internationale Jugendspiele eröffnet

Die Internationalen Jugendspiele in Wetzlar sind am 1. Juni von OB Manfred Wagner (SPD) auf dem Domplatz eröffnet worden

Drei Tage maßen sich 180 Jugendliche aus Wetzlar und den Partnerstädten Pisek (Tschechien) und Avignon (Frankreich) in den sportlichen Disziplinen Handball, Fußball, Basketball, Tennis und Leichtathletik.

Wagner nannte die Spiele ein „schönes Zeichen für die europäische Verständigung und den Partnerschaftsprozess mit großer Bedeutung für die Verständigung über Landesgrenzen hinweg“. Die Jugendspiele böten die Chance zu vielen Kontakten. Denn nur durch Kontakte zwischen den Menschen könne der europäische Gedanke mit Leben erfüllt werden. Drei junge Sportler aus Wetzlar, Pisek und Avignon legten anschließend einen „olympischen Eid“ ab, in dem sie sich auf die Werte Fairness, Solidarität und Achtsamkeit verpflichteten.



Auf dem Domplatz wurden die Jugendspiele von Oberbürgermeister Manfred Wagner (Mitte) eröffnet

LDK-Bürgermeister: Brandbrief an die Landesregierung

In zehn Bereichen Handlungsbedarf angemahnt

Die Kommunen bluten mehr und mehr finanziell aus und die Landesregierung bürdet ihnen immer mehr Belastungen auf, die finanziell nicht ausgeglichen werden.

Steigende Gemeinde-Steuerätze in ganz Hessen sind der Beleg dafür. Alle 22 Bürgermeister des Lahn-Dill-Kreises sowie der Wetzlarer Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD) unterzeichneten daher einen Brandbrief an die Hessische Landesregierung, der aus Sicht der Kommunen etliche Punkte enthält, in denen dringender Handlungsbedarf besteht.

In insgesamt zehn Bereichen haben die Bürgermeister Kritikpunkte aufgezählt, die ihrer Meinung nach alle dazu führen, dass die Kommunen kein Geld mehr haben. Dazu gehört, dass nach Ansicht der Bürgermeister der kommunale Spielraum durch überbordende Bürokratie immer kleiner werde. Auch das EU-Beihilferecht sei gerade für kleine Städte und Gemeinden viel zu komplex und für solche ohne eigenes Rechtsamt kaum beherrschbar.

Den größten Raum nehmen aber die Positionen ein, bei denen das Land Standards setzt, die von den Kommunen mit eigenen finanziellen Mitteln umgesetzt wer-

den müssten.

So rühmt sich das Land, die Gebührenfreiheit für Kindergärten einzuführen, während es selbst keine Kindergärten betreibt. Diese stehen in Trägerschaft der Kommunen oder von Kirchen und privaten Initiativen. Gerade einmal ein Sechstel gibt das Land den Kommunen als Kostenerstattung für die angekündigte Gebührenfreiheit.

Mit einer Teilung „halbe/halbe“ hätten die Kommunen leben können, so Wetzlars Stadtkämmerer Jörg Kratkey (SPD). Dann hätte das Land aber im Schnitt rund 400 Euro anstelle der vorgesehenen 136,50 Euro an die Kommunen pro Kindergartenkind überweisen müssen.

Auch Themen für Spezialisten, wie z. B. die beabsichtigte Umstellung von Bilanzierungsregelungen für die Buchführung auf internationale Standards stehen in der Kritik.

Kommunen seien keine börsennotierten Kapitalgesellschaften und benötigten über die Regelungen des Gemeindefinanzrechts hinaus, die eng an das Handelsrecht angelehnt sind, keine Regelungen dafür, dass man sie mit US-amerikanischen Immobilienfonds vergleichen könne.



Nur ein sechstel Kostenerstattung vom Land, das ist keine Gebührenfreiheit

Hans-Jürgen Irmer und seine Geschäfte mit dem Kopp-Verlag

Pecunia non olet – Geld stinkt nicht. Dem Wetzlar Kurier soll es recht(s) sein.

Ein sehr beständiger Anzeigenkunde in Hans-Jürgen Irmers Anzeigenblatt „Wetzlar-Kurier“ ist der Kopp-Verlag aus Rottenburg am Neckar. Die Titel des Verlages lassen aufhorchen, rufen Kopfschütteln hervor.

Und auch wenn es sich um bezahlte Anzeigen handelt, so verwundert doch, dass der inzwischen zum Mitglied des Deutschen Bundestages aufgestiegene Christdemokrat Irmer Werbung für die Thesen des Kopp-Verlages duldet, oder mit seinem „Kurier“ bewusst als „Verlagsbotschafter“ und als eine Art „Erfüllungsgehilfe“ für eine doch recht fragwürdige Auto-

renschaft fungiert.

Alleine ein Blick auf die Seite von Wikipedia macht deutlich, mit welcher eigenwilligen Verlagshaus sich Herr Irmer gemein macht.

Die „Welt“ bezeichnete Kopp bereits 2010 als „kleinen, aber sendungsbewussten“ Verlag und ein „auf Esoterik, Verschwörungstheorien und Desinformation spezialisiertes Unternehmen“. „Ufologen und Verschwörungstheoretikern“ sei der Name seit langem ein Begriff.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung nannte Anfang 2015 den Kopp Verlag als Bestandteil einer wachsenden „Angstindustrie“.

Ebenso konstatierte 2014 Spie-

gel Online, das Geschäftsmodell des Verlags basiere auf dem Schüren von Angst; der Autor nannte Titel wie „Albtraum Zuwanderung“, „Das Szenario eines Dritten Weltkriegs“, „Vorsorgeplan für Staatsbankrott“, „Zwangsentzug und Bürgerkrieg“ und resümierte: „Mit seiner Mischung aus Rechtspopulismus, Kapitalismuskritik und Tabubrecher-Attitüde ist der Kopp-Verlag so etwas wie der Pionier des aktuellen Gegenzeitgeists – eines Geists, der sich gegen eine vermeintliche Political Correctness der etablierten Medienlandschaft richtet, weil diese angeblich ständig irgendeine Wahrheit unterdrückt.“

CHRISTOPHERS KOHECKE

Christophers Saganaki (Pfannen-Käse)

Saganaki (Pfannen-Käse) mit Salat und Kichererbsen-Dip für 2 Personen

Zutaten für den Dip (Hummus):

- 1 Dose vorgekochte Kichererbsen (400-450g)
- 2 Knoblauchzehen
- 1 Zitrone
- 1 EL Kreuzkümmel
- 1/2 EL Cayennepfeffer
- 3 EL Tahine (Sesampaste)
- 3 EL Olivenöl, mild
- Salz und Pfeffer nach Geschmack

Dekoration des Dips: 1 TL Paprikapulver etwas Olivenöl

Zutaten für den Saganaki:

- 250g Kefalotyri (alternativ geht auch Kaseri oder Greyerzer)
- etwas Mehl
- Öl zum Braten
- 1/2 Zitrone als Garnitur

Zubereitung des Kichererbsendips (Hummus): Knoblauch pressen oder sehr fein hacken. Kichererbsen abgießen und mit den restlichen Zutaten zu einer glatten Masse pürieren, bei Bedarf mit etwas Wasser verdünnen. Mit Folie abdecken und etwas ruhen lassen. Abschließend in Schälchen geben, mit einem kleinen Löffel Furchen auf der Oberfläche ziehen, Olivenöl darauf träufeln und mit etwas Paprikapulver garnieren.

Zubereitung des Käses:

In diesem Rezept verwenden wir Kefalotyri und nicht etwa Feta, wie es hierzulande oft angeboten wird. Denn Kefalotyri ist die gängigere Variante. Wenn man in Griechenland Saganaki bestellt, erhält man in der Regel ein Gericht aus besagtem Hartkäse aus Schaf- und/oder Ziegenmilch. Dieser muss auch nicht paniert werden, wie etwa Feta, mehlieren reicht völlig, da er relativ langsam schmilzt.



Foto: Christopher Barsukis

Den Käse in mindestens 1,5 cm dicke Scheiben schneiden, mit Wasser abwaschen, dann in Mehl wälzen und in heißem Öl bei mittlerer Hitze jeweils 2-3 Minuten je Seite braten. Als Beilage passt in den heißen Sommertagen ein leichter Salat mit einer Zitronen-Vinaigrette und zum Hummus ein Weißbrot zum Dippen. Die Zutaten, wie z.B. den Käse oder die Sesampaste, erhält man übrigens beim gut sortierten türkischen Lebensmittelmarkt um die Ecke.



Foto: Sportfoto Oliver Vogler

WetzlarCard – und ewig grüßt das Murmeltier

Breidsprecher (CDU) und Dr. Büger (FDP) nehmen Fakten nicht zur Kenntnis

Seit in Wetzlar, wie zuvor auch in vielen anderen Städten, ein Sozialpass – die „WetzlarCard“ – eingeführt wurde, vergeht kaum eine Gremiensitzung, in der sich diese Teilhabemöglichkeit nicht der gering-schätzenden Aufmerksamkeit beider Herren erfreut.

Getreu dem Motto „Und ewig grüßt das Murmeltier“ lassen sie nichts unversucht, das Projekt zu diskreditieren.

Dorn im Auge der beiden Kommunalpolitiker ist immer wieder der angeblich viel zu hohe Aufwand, der von der Stadt für die Übernahme von zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten im Stadtverkehr den Menschen ermöglicht wird, die im Hilfebezug stehen. Also nur über ein ihre Existenzsicherung gewährleistendes Einkommen verfügen.

Die zusätzlichen und über den Anteil im „Sozialhilferegelsatz“ hinausgehenden Leistungen für die Benutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs (zwei Gutscheine je Monat für Tagesfahrten im Stadtgebiet) tragen u.a. dazu bei, Kultur- und Sportangebote zu besuchen, die über den unter der Schirmherrschaft des Wetzlarer Oberbürgermeisters stehenden Verein „Kulturticket Lahn-Dill“ vermittelt werden.

Hier sind inzwischen annähernd 550 Inhaber der WetzlarCard als

Gäste aus Wetzlar gemeldet. Sie konnten im Jahr 2017 daran partizipieren, dass das „Kulturticket“ annähernd 1.150 Freikarten für Kultur- und Sportveranstaltungen vermitteln konnte.

Gerne erwecken die Herren Breidsprecher, Wetzlars ehemaliger Sozialdezernent und auch Aufsichtsratsvorsitzender der Wetzlarer Verkehrsbetriebe sowie der liberale Fraktionsvorsitzende im Stadtparlament, Dr. Matthias Büger, den Eindruck, als würde die Stadt für die WetzlarCard und insbesondere die zusätzlichen Leistungen des ÖPNV enorme Steuermittel aufwenden.

Die „Kommunalexperthen“ übersehen aber gerne, dass die von der Stadt zunächst aufgewandten Beförderungsleistungen (2017: 139.000 Euro) bei den Wetzlarer Verkehrsbetrieben (Gimmler) als Fahrgeldeinnahmen ankommen. Im Zuge der ÖPNV-Finanzierung erhält die Stadt als Aufgabenträger orientiert an den Fahrgeldeinnahmen einen Ausgleichsbetrag, der sich derzeit auf 90% aller Fahrgeldeinnahmen beläuft.

Dies schließt die aus der WetzlarCard herrührenden Effekte ein. Unter dem Strich trug der Wetzlarer Steuerzahler 2017 etwa 15.900 Euro der zur Teilhabe von bedürftigen Menschen mittels der WetzlarCard dargebotenen Beförderungsleistungen.

Jannik Kohlbacher: „Wetzlar ist super!“

Handball-Nationalspieler über seine drei Jahre bei der HSG in Wetzlar

Jannik Kohlbacher kam mit knapp 20 Jahren zur HSG nach Wetzlar und entwickelte sich in drei Jahren unter Trainer Kai Wandschneider zum Nationalspieler.

Jannik, zuerst interessiert die Wetzlarer natürlich, wie es Dir nach deiner OP geht.

Wenn ich den Arm strecke, spüre ich noch Schmerzen, aber sonst ist er auf einem guten Weg.

Was bleibt von der Zeit in Wetzlar?

In den drei Jahren ging es mir sehr, sehr gut hier. In einem familiären Umfeld, wo jeder jeden kennt. Egal, ob ich einkaufen war in Lah-nau oder im bekannten Globus, überall kam ich in Kontakt mit den Fans und ins Gespräch. Wetzlar und Umgebung ist nun mal eine handballbegeisterte Region und das spürt man überall.

Dann habe ich sehr gerne Zeit an der Lahn verbracht oder in der schönen Wetzlarer Altstadt genauso wie im Hotel Blankenfeld, wo man ausgezeichnet essen kann.

Wer hier Großstadt erwartet, ist natürlich falsch am Platz. Das hatte ich auch nicht gesucht und konnte mich so auf den Sport konzentrieren, was meiner Entwicklung sicher gut getan hat.

Kommen wir zu deiner sportlichen Entwicklung.

Meine Entwicklung ist optimal verlaufen, besser hätte es gar nicht kommen können. Die erste Saison



Foto: Heiner Jung

Unser Redakteur Heiner Jung im Gespräch mit Jannik Kohlbacher an einem seiner Lieblingsplätze in Wetzlar, dem Hotel Blankenfeld

noch mit Andy Wolff und Steffen Fäth haben wir eine überragende Hinrunde gespielt, im zweiten Jahr einen sensationellen sechsten Platz mit einem vereinsinternen Punkterekord und diese Saison das Highlight gehabt mit dem Erreichen des Final Four in Hamburg. Darüber hinaus haben wir manchen Großen geärgert, zuletzt mit dem überlegenden Sieg in Kiel Geschichte geschrieben.

Welchen Verdienst hatte Kai Wandschneider dabei?

Kai ist ein ganz ruhiger, konzentrierter Arbeiter, der einem genau da hilft, wo er die Defizite sieht. Der einem Spieler auch Vertrauen schenkt und vor allem im ersten

Jahr mich auch mal einen Fehler mehr machen ließ. Ich denke, das konnte ich ihm spätestens ab dem zweiten Jahr, vor allem auch in der Abwehr, zurückzahlen.

Was versprichst Du dir beim amtierenden deutschen Meister?

Ich will erst einmal meine Verletzung auskurieren und dann natürlich meine Leistungsgrenze erreichen und sehen, wie ich in die Mannschaft reinkomme.

Ich ziehe mit meiner Freundin, die bisher in Köln gelebt hat, nach Heidelberg. Das wird schon etwas anders als im familiären Wetzlar.

Wir wünschen Dir alles Gute und freuen uns auf ein Wiedersehen in der Rittal Arena.

UNSER BUCHTIPP

Thorsten Schäfer-Gümbel

Die sozialdigitale Revolution

Das Schlagwort Digitalisierung ist omnipräsent, aber die Auswirkungen für unsere Gesellschaft werden oft nur partiell betrachtet – für das eigene Unternehmen oder die eigene Berufsgruppe etwa. Thorsten Schäfer-Gümbel, Fraktionsvorsitzender sowie Landesvorsitzender der hessischen SPD und stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD, führt die Stränge nun zusammen und zeigt Lösungsansätze auf: Denn die „sozialdigitale Revolution“, so der Titel seines Buchs, betrifft alle Bereiche unseres Lebens – von der Arbeitswelt über unser Bildungssystem bis hin zum Sozialstaat.

Wandel des Bildungssystems

Wir müssen daher die Veränderungen, die auf uns zu kommen, se-

hen, verstehen und einen gemeinsamen Weg finden, damit umzugehen. Auf die Bildung bezogen heißt das zum Beispiel, so Schäfer-Gümbel: „Die Veränderungsbereitschaft und -fähigkeit von Menschen, Gesellschaft und Wirtschaft wird zu einer Kernkompetenz. Das ist eine Herausforderung für unser Bildungssystem.“

Sozial, digital: die Revolution kommt

Wie eng die oft parallel geführten Debatten – vom Bedingungslosen Grundeinkommen über New Work bis zur Plattformökonomie – verbunden sind, macht der SPD-Vize deutlich und betont: Die Veränderungen sind nicht nur digital, sondern auch sozial. Eine Revolution eben, die die Gesellschaft in ihren



Grundfesten umwälzt und die deshalb auch für seine Partei relevant ist – nicht umsonst trägt das Buch den Untertitel:

„Wie die SPD Deutschlands Zukunft gestalten kann“

Verlag: Murmann Publishers
Einband: Gebunden
ISBN-13: 9783867745970
199 Seiten, Preis: 20,- Euro

ARBEITERWOHLFAHRT ORTSVEREIN
WETZLAR
AWO
HERZLICH WILLKOMMEN

SENIORENTREFF „NEUSTADT“
WILHELM REITZ HAUS
35576 WETZLAR
BRETTSCHEIDERSTRASSE 4
DONNERSTAG 14:30 UHR

VERANSTALTUNGS-TIPPS

15. -17. Juni 2018
Ortssporttage Münchholzhausen
Ort: Sportplatz Münchholzhausen

15. Juni 2018
Wetzlarer Festspiele
Musical Grimm
Uhrzeit: 20:30 Uhr
Ort: Hofgut Hermannstein

15. Juni 2018
The Bobtown Cats
Rock'n Roll Party
Uhrzeit: 20:00 Uhr
Ort: Eventwerkstatt
Wetzlar, Dillfeld 3

16. Juni 2018
Trojka - Weltmusik, Polka,
Klezmer und Rock
Uhrzeit: 20:00 Uhr
Ort: Kulturzentrum Franzis

16. Juni 2018
AMARANK - CELTIC FOLK MUSIC
Uhrzeit: 20:00 Uhr
Bunte Katze, Niedergirmes
Naunheimer Straße 10

20. Juni 2018
Wetzlarer Festspiele
König Keks
Uhrzeit: 17:00 Uhr
Ort: Rosengärtchen

28. Juni 2018
CLOUD 6 - Blues, Rock'n'Roll,
Swing und Soul.
Uhrzeit: 20:00 Uhr
Bunte Katze, Niedergirmes
Naunheimer Straße 10

5. August 2018
FRANZIS Sommerfest
mit Two in Search, Sour Crowd
Kombinat, Compania Bataclan,
Liquid Move, Lechuga
Uhrzeit: 14:00 Uhr
Ort: Kulturzentrum Franzis

Alle Angaben ohne Gewähr